

Überstunden. Die letzte Zeile zeigt die durchschnittliche Zunahme in den Bezirken Düsseldorf, Arnberg, Oppeln und Trier. Gegenüber 1910 betrug für das Jahr 1911 die Zunahme:

Table with 6 columns: Bezirk, Anzahl Arbeiter, % der Gesamtzahl, Durchschnittliche Überstunden, % der Überstunden, Wirkliche geleistete Überstunden, % der Überstunden. Rows include 1. Preußen, 2. Düsseldorf, 3. Arnberg, 4. Oppeln, 5. Trier.

Die durchschnittliche Zunahme in den Hauptkonzentrationsbezirken der Schwerindustrie in Düsseldorf, Arnberg, Oppeln und Trier war mithin größer wie der Gesamtdurchschnitt für Preußen.

Zu der nachfolgenden Zusammenstellung geben wir eine nach Regierungsbezirken geordnete Uebersicht der Erhebungsergebnisse des Jahres 1911. Diese enthält: 1. die Zahl der beschäftigten Arbeiter, 2. die Zahl derjenigen Arbeiter, die durchschnittlich monatlich Ueberarbeit geleistet haben insgesamt und an Sonntagen in absoluten Zahlen und Prozenten, 3. die Zahl der wirklich geleisteten Ueberstunden insgesamt und an Sonntagen.

Table with 6 columns: Regierungsbezirk, Zahl der beschäftigten Arbeiter, Zahl der Ueberarbeitenden, Zahl der Ueberstunden, Zahl der Ueberstunden an Sonntagen, Zahl der wirklich geleisteten Ueberstunden. Rows include Düsseldorf, Arnberg, Oppeln, Trier, Koblenz, Aachen, Köln, Hildesheim, Danabruück, Magdeburg, Stettin, Wiesbaden, Münster, Potsdam, Liegnitz, Schleswig.

Die Zahl der Arbeiterzahl betrug im Jahre 1911 nach dieser Zusammenstellung 207 630; gegen das Vorjahr stieg sie um 8763 oder 4,39 Prozent. Von der Zunahme fielen 7889 oder 90 Prozent auf die preussischen Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnberg, Oppeln und Trier. Der Bundesratsverordnung unterstanden in Preußen im Jahre 1909: 182 683 Arbeiter (157 462), 1910: 198 894 (172 189), 1911: 207 630 (180 052). Die eingeklammerten Zahlen nennen die Arbeiterzahl aus den vorgenannten vier Regierungsbezirken.

In der Großindustrie ist die zwölfstündige Arbeitszeit

die allgemein übliche. Im Jahre 1911 hatten 202 411 oder 97,48 Prozent der Gesamtarbeiter eine zwölfstündige Schicht. Länger wie 12 Stunden mußten 768 oder 0,36 Prozent arbeiten. Eine kürzere Arbeitszeit wie 12 Stunden hatten 4461 oder 2,16 Prozent. Unterzucht man genauer, in welchen Betriebsabteilungen länger wie 12 Stunden gearbeitet wird, so stellt sich überraschender Weise heraus, daß dieses nicht in den Reparaturwerkstätten der Fall ist wie wohl allgemein angenommen werden dürfte. Von den 758 Arbeitern mit mehr als zwölfstündiger Arbeitszeit sind nämlich 661 in Produktionsbetrieben und nur 97 in Reparaturwerkstätten beschäftigt. Die Einzelverhältnisse sind folgende: 20 Hochofenarbeiter und 130 Martinflußwerkstättenarbeiter im Bezirk Arnberg arbeiten 12 1/2 Stunden. Im Bezirk Düsseldorf haben 33 Arbeiter der Gruppe Hammer- und Preßwerke und 68 Walzwerksarbeiter eine 12 1/2stündige Arbeitszeit. Im Kölner Bezirk arbeiten 104 Arbeiter in Hammer- und Preßwerken und 259 Stahlwerksarbeiter 13 Stunden. Fünf Arbeiter einer Röhrengießerei und 42 Walzwerksarbeiter im Bezirk Arnberg müssen gleichfalls 13 Stunden arbeiten. Unter den Reparaturwerkstätten mit längerer als zwölfstündiger Arbeitszeit erscheinen: R.-W. in der Gruppe gewandte Betriebe (Düsseldorf) 12 Arbeiter 12 1/2 Stunden, R.-W. Gruppe Walzwerke (Arnberg) 20 Arbeiter 13 Stunden, R.-W. Gruppe Hochofenwerke (Düsseldorf) 14 Arbeiter 13 Stunden, R.-W. in der Gruppe Walzwerke (Köln) 11 Arbeiter 13 Stunden und R.-W. Gruppe Martinwerke (Köln) 40 Arbeiter 13 Std. Eine achtstündige Arbeitszeit hatten 2928 Arbeiter. Die ausschließlich in Hochofenbetrieben und Walzwerken beschäftigt waren. Die Hochofenarbeiter verteilen sich auf die Bezirke Danabruück 222, darunter 60 Hochofenarbeiter, und Aachen 42. Von den Walzwerksarbeitern mit achtstündiger Arbeitszeit befinden sich im Bezirk Magdeburg 159, Arnberg 987, Koblenz 277, Düsseldorf 244 und Trier 169. Im Bezirk Oppeln haben 828 Arbeiter in Hochofen- und Walzwerksbetrieben eine achtstündige Arbeitszeit. Bisher Arbeiter auf jeden der beiden Betriebszweige fallen, ist aus den Angaben des Berichterstatters nicht ersichtlich.

Die nachfolgende Uebersicht gibt ein Bild über die Arbeitszeit in den drei Jahren des Bestehens der Großindustrieverordnung. Die Zusammenstellung zeigt ein langsames Steigen der Arbeiter mit achtstündiger Schicht und einem Rückgang derjenigen mit mehr als zwölfstündiger Schicht. Während im Jahre 1909 noch 1128 Arbeiter länger wie 12 Stunden arbeiten mußten, waren es 1911 noch 758. Die Zahl der Arbeiter, die in achtstündigen Schichten beschäftigt waren, stieg von 1909 im Jahre 1909 auf 2928 im Jahre 1911. So geringfügig diese Zunahme im Verhältnis zur Gesamtbelegschaft ist, so ist sie doch erfreulich.

Es hatten (einschließlich Pausen) eine regelmäßige Arbeitszeit:

Table with 6 columns: Jahr, Arbeiter insges., % der Beschäftigten, Arbeiter insges., % der Beschäftigten, Arbeiter insges., % der Beschäftigten. Rows for 1909, 1910, 1911.

Es ist bedauerlich, daß die achtstündige Arbeitszeit noch keinen größeren Eingang in der schweren Industrie gefunden hat. Wenn sie schon in verschiedenen Zweigen durchführbar

ist, dann ist nicht einzusehen, warum nicht in allen. Minderung ist aber bei der bekannten Organisationslosigkeit der Arbeiter nur durch die Gesetzgebung zu erwarten. Wie sehr im übrigen die Arbeiterchaft die achtstündige Arbeitszeit zu schätzen weiß, erhellt eine Mitteilung des Berichterstatters für den Bezirk Danabruück. Auf einem Hochofenwerke sollte wegen Arbeitermangel anstelle der bestehenden achtstündigen die zwölfstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Auf die dringenden Vorstellungen der Arbeiter unterblieb die beabsichtigte Verlängerung.

Nachtarbeit

Zu der überlangen Arbeitszeit kommt für die Mehrzahl der Belegschaft regelmäßige Nachtarbeit hinzu, die im Verein mit dem Ueberstundenwesen die schwere Arbeit noch unerträglicher macht. Genaue Angaben über den Umfang der Nachtarbeit fehlen bisher. Allgemein wurde angenommen, daß ungefähr zwei Drittel der Gesamtarbeiterchaft in regelmäßiger Tag- und Nachtarbeit tätig sei. Der Bericht der Gewerbeaufsicht behandelt zwar dieses Kapitel ebenfalls, doch nicht alle Berichterstatter haben genaue Angaben gemacht. Keinerlei ziffernmäßige Angaben über den Umfang der Nachtarbeit in der Schwerindustrie liegen vor aus den Bezirken: Oppeln, Trier, Schleswig, Magdeburg, Liegnitz, Stettin und Potsdam. Soweit es die Angaben aus den übrigen Bezirken erkennen lassen, ist die Nachtarbeit am stärksten im Regierungsbezirk Münster und im Siegerland verbreitet. Von den 4398 Arbeitern der Siegerer Schwerindustrie sind 71,5 Prozent in regelmäßiger Tag- und Nachtarbeit beschäftigt. In jedem zweiten Sonntag müssen davon 858 eine 24stündige Wechselschicht arbeiten. Die Zahl der Arbeiter, die regelmäßig Nachtarbeit leisten müssen, ist nach Regierungsbezirken geordnet aus der Zusammenstellung ersichtlich.

Table with 2 columns: Bezirk, Zahl der Arbeiter oder % der Belegschaft. Rows include Münster, Danabruück, Wiesbaden, Düsseldorf, Aachen, Arnberg, Koblenz, Köln, Hildesheim.

Detailliertere Angaben über die Nachtarbeit macht der Berichterstatter für Hildesheim. Demnach waren von der Gesamtarbeiterchaft regelmäßig mit Nachtarbeit belastet: im Martinflußwerk 46%, im Thomashuflwerk 44%, im Hochofenwerk 36% und im Walzwerk 27%.

Unsere bisherige Darstellung mußte sich abgesehen von den einleitenden kritischen Bemerkungen naturgemäß darauf beschränken, die Ermittlungen der Gewerbeaufsicht referierend wiederzugeben, weil die Bundesratsverordnung nach ihrem Wortlaut auf Arbeitszeit und Nachtarbeit keinen zwingenden Einfluß ausüben kann. Anders ist dieses hinsichtlich der Pausen und der Ueberarbeit, worüber in der nächsten Nummer das Nötige gesagt wird.

Maifeierjammer und Maifeiertumbug

„Du sollst dich nicht treten lassen.“

Unter diesem Motto forderte im Vorjahre ein in der Buchdruckerei des „Vorwärts“ hergestelltes Flugblatt der sozialdemokratischen Partei die „Heerscharen des Klassenbewußten Proletariats“ auf, den 1. Mai zu feiern. Dieser Tag gelte „den Gedanken der proletarischen Solidarität und den Gedanken, die das Matenevangelium des Sozialismus umschließt.“ In ähnlichen bombastischen Wendungen sucht auch die sozialdemokratische Presse alljährlich die Arbeiterchaft für die Arbeitsruhe am „Weltfeiertag der Arbeit“ platt zu schlagen. Und doch ist es Tatsache, daß das sogenannte „Matenevangelium des Sozialismus“ kaum auf einem Gebiete eine größere und blamablere Schlappe zu verzeichnen hat, als auf dem der Maifeier. Unstreitig hat deshalb der sozialistische Wirtschaftstheoretiker und frühere Reichstagsabgeordnete Richard Calwer recht, wenn er in Heft 28 (1912) seiner „Konjunktur“ den in Frage kommenden Instanzen (d. h. der sozialdemokratischen Partei und den unter ihrer Fuchtel marschierenden „freien“ Gewerkschaften) den Rat gibt, sich nicht länger mehr mit einer „Tradition“ zu beschäftigen, „die mit der heutigen Realpolitik nicht mehr zusammenstimmt.“ Hinsichtlich der Entwicklung der sozialdemokratischen Maifeier konstatiert dieser „Sozialist“ ein „deutliches ständiges Zurückweichen vor der noch sehr starken Macht der Arbeitgeber.“

Calwer ist nicht der einzige im roten Lager, der in Punkt Maifeier zum Rückzuge bläst. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben auf Grund bitterböser Erfahrungen seit Jahren auf Umwegen ebenfalls gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai gearbeitet. Sie mußten eben zusehen, wie durch eine öde Demonstration die Früchte jahrelanger mühevoller gewerkschaftlicher Arbeit verloren gingen — und daneben noch die Gewerkschaftslaffen durch die ihnen aufgehalfterte Unterstützung der Opfer des sozialdemokratischen Parteiwahns schwer in Mitleidenchaft gezogen wurden. Es würde zu weit gehen, hier im einzelnen die Differenzen und Reibungen aufzuzählen, die wegen der Maifeierfrage zwischen den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen ausgegossen wurden. Das einzig praktische Ergebnis der Auseinandersetzungen ist, daß die „freien“ Gewerkschaften wegen der Maifeier Gemäßregeln nicht mehr aus ihren Kassen unterstützen, sondern daß beide Instanzen zu dem Zwecke „Maimarken“ zur Bildung eines „Maimonds“ verkaufen. Aber auch mit diesem Maimonds feiert

recht haarig aus: 1. sind es wieder die „freien“ Gewerkschaftler, die in der Hauptsache die Maimarken kaufen und blechen müssen, und 2. reicht die auf diese Weise aufgebrauchte Summe zur Unterstützung der Opfer einer „wirkbigen“ Maifeier nicht einmal im entferntesten aus.

Über die gewissenlosen Phrasendrescher und Demagogen aus der sozialdemokratischen Partei, kehren sich nicht an solche nüchterne Erwägungen. Wer der Maifeier fernbleibt, sündigt nach dem oben erwähnten roten Flugblatt gegen sich selbst und gegen die Millionen Brüder und Schwestern, die „die Erlösungsgedanken des Sozialismus“ verteidigen. Die Macht der Arbeitgeber, von der Calwer spricht, existiert für den Phrasendrescher in dem roten Maifeierflugblatt gar nicht: „Nicht das Gefühl überlegener Kraft einigt ihre Reihen, nicht das Bewußtsein, eine gerechte Sache zu vertreten, sondern die Angst vor dem Tage der Ueberrechnung, die Furcht vor den Entrechteten, Getretenen, Ausgebeuteten und Mißhandelten.“ Und wenn nun „freie“ Gewerkschaftsführer es wagen, hinter solche Phrasen nicht nur ein großes Fragezeichen zu setzen, sondern — wie dies der Vorstand der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter tat — vor der Durchbrechung des Tarifs durch die Maifeier offen zu warnen, so ist das nach der roten Parteipresse keine ehrliche Wahrung von Arbeiterinteressen — sondern „eine glatte Abmurkung der Maifeier“. Man schürt in dieser Art „Arbeiterpresse“ das Mißtrauen gegen solche Gewerkschaftsführer und berstet ihnen die bekannten „Fußtritte ins Kreuz“, von denen in der berühmten Geheimkonferenz die Rede war. „Du sollst dich nicht treten lassen“, sagt das rote Maifeierflugblatt. — Dafür verleitet die sozialdemokratische „Arbeiterpresse“ die betroffenen Massen ihre ureigensten Interessen selbst unter die Füße zu treten. Krampfhaft sucht diese Art Presse die verlorene Position „Maifeier“ zu halten und tröftet die Massen über die empfangenen Prügel auf den Wagen immer wieder mit dem Hinweis auf die „Allmacht“ der Partei hinweg, an die sie selbst nicht glaubt. Das ist natürlich unehrlich! Aber man ist im roten Lager schlechterdings darauf angewiesen, durch einen Niesenbolksbetrug die jämmerliche Wirklichkeit nach außen hin zu verschleiern. Wie dabei die Wahrheit verschandelt wird, zeige folgende Gegenüberstellung von

Phrasen und Wirklichkeit:

„Diese gewerkschaftlichen Erfolge wurden erleichtert und gesteigert durch die Versenkung der Ideen der Maifeier in Millionen Köpfen und Herzen der Welt. Die Opferfreudigkeit der Arbeiter in den Gewerkschaften, ihre Bereitwilligkeit, viele Wochen, ja Monate hindurch Entbehrungen auf sich zu nehmen, um sich eine Verkürzung der Arbeitszeit zu sichern, der Idealismus der Arbeiter, der in den gewerkschaftlichen Kämpfen zum Ausdruck gelangt, hat, wie wir alle wissen, zahlreiche Wurzeln. Eine kräftige und den Massen des Proletariats immer wieder neue Kraft zuführende Wurzel der Begeisterung und Opferfreudigkeit der Arbeiter ist die Maifeier gewesen und wird sie bleiben.“ („Vorwärts“ Nr. 101/1911.)

„Unser ist der Tag! Selbst haben wir ihn uns gesekt, aus eigener Macht und unsere eigenen Ziele sind es, denen wir diesen Vortag geweiht haben. Heute gehören wir nur uns selbst, fühlen uns nur als Träger der neuen Welt, als Gründer der neuen Gesellschaft.“ („Vorwärts“ Nr. 101/1911.)

„Gierzu erklärt die Generalversammlung, daß das Ziel einer allgemeinen und wirkamen Arbeitsruhe am 1. Mai in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie auf Grund gemachter Erfahrungen ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe und dadurch bedingte Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterchaft sowie auch mangels völliger Uebereinstimmung innerhalb der Arbeiterchaft über die Zweckmäßigkeit der Arbeitsruhe am 1. Mai überhaupt nicht zu erreichen ist.“ (Aus der Maifeierresolution des Hamburger Verbandstages des soz. Metallarbeiterverbandes 1909)

„Auf der neuen Werft (Hienburg) sind vier Genossen, die eine Ausnahmestellung einnehmen. Diese agitieren für die Maifeier, suchten sich selbst aber folgendermaßen zu schützen: Sie teilten ihren Meistern mit, daß sie am 1. Mai feierten, sie würden aber auf Arbeit kommen, wenn es „a u f R e p a r a t u r“ wäre. Damit zeigten sie ihrem Meister einen Weg... Ein anderer teilte auf Befragen, wie er sich zur Maifeier stelle, mit, daß er vorrüttags arbeiten und nachmittags feiern werde, so habe er seinem Arbeitgeber und seiner Organisation genügt! Schließlich arbeitete er den ganzen Tag. Noch unverständlich ist jedoch, ist es, wenn die 21gliedrige Kommission den Antrag stellt, den 1. Mai zu feiern und 6-8 Kommissionmitglieder arbeiten!“ (Siehe den Artikel „Sozialdemokratische Wachenchaften“ in Nr. 20/1911. unseres Organ.)

Aus diesen paar Gegenüberstellungen geht schon zur Genüge hervor, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Maifeier ein jämmerliches Fiasko erlitten hat. Alle Phrasen des „Vorwärts“ helfen ihr nicht darüber hinweg.

Richard Calver hat Recht, wenn er seinen Genossen rät, von der Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai Abstand zu nehmen, da die Macht der Arbeitgeber stark genug sei, um einer solchen Absicht die Spitze zu bieten. „Dieses Machtverhältnis muß eben anerkannt werden, so schwer es auch sein mag“, sagt Calver und „gerade die Gewerkschaften haben vollauf erkannt, daß es eine gefährliche Machtprobe bedeutet, wenn sie den Arbeitgebern am 1. Mai ihren Willen aufzwingen wollen.“ „Schlichtern“ schauten sie heute die ganze Frage der Maifeier an. Für dieses „Schlichtern“ werden die Herren ihrem Genossen Calver wohl kaum Dank wissen; erinnert er doch damit nur an die grausame Wahrheit, daß die freien Gewerkschaftsführer es gar nicht wagen dürfen, entzweienden und unzweideutig gegen das arbeiterschädigende Treiben sozialdemokratischer Phrasendrescher Front zu machen. Bei dem Gros der roten Masse schlagen eben Vernunftgründe nicht durch, da es unter dem Banner der Phrase steht.

Das kann uns natürlich nicht abhalten, zu sagen, was ist. Für uns christliche Gewerkschaftler — auch die an der Wasserfront — ist die Maifeier lediglich eine leere Demonstration, ein Humbug, an dem vernünftige Arbeiter keinen Anteil haben. „Denn“, so sagen wir mit dem „Sozialisten“ Richard Calver, „daß die Arbeitgeber oder auch die Regierungen sich durch die Demonstration am 1. Mai noch imponieren lassen würden, das glaubt doch nach der ganzen Entwicklung dieser Feiertage kein unterrichteter Mensch mehr. Mit dieser Feiertage treibt man die Gefekgebung zugunsten der Arbeiter um keinen Schritt vorwärts.“ Darum fort mit dem sozialdemokratischen Humbug; fort auch mit der Inkonsequenz und Halbheit der „freien“ Gewerkschaften, die sich in ihrer „Schlichterheit“ und Partei-Knechtlichkeit an einer entschiedenen und unzweideutigen Stellungnahme zu dieser Frage vorbeidrücken. Der Metallarbeiter, der auf den Namen eines heutzutage und unterrichteten Arbeiters Anspruch machen will, schließe sich einer wirklich freien Gewerkschaft, dem christlichen Metallarbeiterverbande an!

Streikbrecher.

Die Sozialdemokratie hat ihre liebe Not, über die jammervolle Niederlage beim Ruhrbergarbeiterstreik hinweg zu kommen. Mit sachlichen Gründen läßt sich der begangene Frevel nicht verteidigen; deshalb versucht man mit leidenschaftlichen Angriffen gegen die christlichen Gewerkschaften und maßlosen Beschimpfungen der christlichen Arbeiterführer die Massen auf andere Gedanken zu bringen. Christliche „Arbeiterverräter“, „Judas“, „Unternehmensschuttruppe“, „Christliche Streikbrecher“, so kreischt es uns aus dem sozialdemokratischen Lager lauter wie sonst entgegen. Mit ganz besonderem Fanatismus versucht man den christlichen Gewerkschaften den Maler des Streikbruchs anzuhängen. Dieser Vorwurf kehrt in unzähligen Variationen wieder.

Für jeden vernünftigen Menschen und halbwegs geschulten Gewerkschaftler ist es klar, daß bei dem Verhalten des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter von einem Streikbruch absolut gar keine Rede sein kann. Der Gewerkschaftsverein als durchaus selbständige Organisation hatte keinen Streik beschlossen, mithin konnte seine Mitglieder auch keinen brechen. Auf demselben Standpunkt stehen auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften, wenn es sich um ihre Organisationen handelt, und was denen recht ist, muß andern billig sein.

Das jegige rote Streikbruchgeheul ist aber nicht nur widerfährig, sondern auch höchst unflug. Denn wer im Glashaus hoch, soll nicht mit Steinen werfen. Wenn die Sozialdemokratie ihre moralische Entrüstung und Erziehungskunst dem Streikbrechertum widmen will, hat sie Objekte genug in Hülle und Fülle im eigenen roten Lager. Da wimmelt es geradezu von Streikbrüchen; solchen aus hinterlistiger Bosheit wie solchen aus Feigheit. Um den roten Wäktern und Agitatoren begründete Unterlagen zur moralischen Entrüstung über wirkliche Streikbrecher zu schaffen, wollen wir in den roten Streikbruchsumpf hineingreifen und einige Fälle in die Erinnerung zurückrufen.

Ein Maurerstreik in Augsburg 1906 ging durch roten Streikbruch verloren. „Liebedauerliche Momente“ nannte dies die sozialdemokratische „Münchener Post“ und schrieb u. a. Nr. 237, 1906: „Einstimmig wurde beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Einmütig setzten am nächsten Tag die 45 Streikbrecher, einschließlich des Ausschusses, den Streikbruch fort. Um ein vollständiges Bild zu geben, sei noch mitgeteilt, daß die „Ehrenmänner“, die den offiziellen Streikbruch organisierten, auch jetzt noch den Ausschuß der Bahnhalle Augsburg des deutschen Stukkateurverbandes bilden. Dieser schmähliche Verrat der Weispüber wirkte selbstverständlich auch demoralisierend auf die Streikenden, sodaß auch von diesen einige abfielen. Die „Herren Postler“, 93 an der Zahl, versahen sich fast ausnahmslos mit Maurerschürzen und arbeiten als Streikbrecher.“ — Note Streikbrecher!

Nachlich ging es in Regensburg, worüber der sozialdemokratische „Grundstein“ Nr. 26, 1906 schreibt: „Die Sache ist die, daß die im (sozialdemokratischen) Stukkateurverband organisierten Falladen- und Innenputzer als Streikbrecher auftraten. Wohlgemerkt, es sind keine Christlichen, sondern die im (soziald.) Zentralverband der Stukkateure organisierten Ruher, die fast alle Maurer und zum großen Teil auch früher Mitglieder unseres Verbandes waren.“

Am Neubau des sozialdemokratischen Gewerkschaftshauses in Weimar 1907 streikten die „freien“ Bauhilfsarbeiter. Da kamen die ebenso „freien“ Maurer, besetzten auf Geheiß ihrer Organisation die Plätze und bereiteten den „um ihr Recht kämpfenden“ eine komplette Niederlage. — Note Verräter!

Bei der Firma Steneberg in Barntrup (Westf.) streikten 1908 Tabakarbeiterinnen. „Doch die (frei organisierten) Sortierer — so schreibt die sozialdemokratische „Volkswacht“ Nr. 211, 1908 — arbeiten nicht nur weiter, sondern machen jetzt sogar Risten (Streiarbeit), da sie keine Zigarren zu fertigen haben. Traurig! Die Mädchen nehmen mutig den Kampf auf, organisierte Sortierer fallen ihnen in den Rücken und üben Verrat.“ — Note Unternehmensschuttruppe!

Der sozialdemokratische „Bauhilfsarbeiter“ jang in seiner Nr. 27, 1906 folgendes Klagegedicht über sozialdemokratische Streikbrecher und Arbeiterverräter. „Als einen Skandal bezeichnet der „Grundstein“ die Tatsache, daß Mitglieder des Stukkateurverbandes streikenden Maurern in den Rücken fallen und die Arbeit der Streikenden fortführen. — Wir sind derselben

Meinung und bedauern es auf das lebhafteste, daß in einer gewerkschaftlich so hochentwickelten Zeit eine solche Nichtachtung solidarischer Grundzüge unter organisierten Arbeitern nach anzutreffen ist. Diese Tatsache muß für die zentralorganisierten Gewerkschaften um so beschämender sein, als es sich dabei wirklich nicht nur um einige Ausnahmefälle handelt. — Während der diesjährigen Lohnbewegungsperiode sind uns aus den verschiedenen Streikorten wiederholt Anklagen wegen Verrates gegen den Kartellvertrag und Streikbruch, verübt von Mitgliedern des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, zugegangen. ... In letzter Zeit werden uns wiederholt die schwersten Verleumdungen gegen die Solidarität mitgeteilt, die (soziald.) organisierte Maurer in Regau, Guben, Greiz, Halle a. S. und Cottbus verübt haben und noch verüben, trotzdem sie auf ihre verwerfliche Handlungsweise aufmerksam gemacht worden sind.“ — Note Schänder der Solidarität!

Zu Nr. 28, 1906 berichtet dasselbe „freie“ Gewerkschaftsblatt: „Der Streik in Guben ist aufgehoben. Daß wir den Kampf aufgeben mußten, daran tragen diejenigen (soziald.) organisierten Maurer Schuld, die nicht nur in größlicher Weise die Bestimmungen des Kartellvertrages verletzten, sondern auch noch bei der Anwerbung von Streikbrechern behäuflich waren und solche als Maurer verkleidet von auswärts mit auf die Arbeitsstätte brachten.“ — Note Streikbruchverderber!

Allgemein bekannt ist der wiederholte Streikbruch und Arbeiterverrat des roten Metallarbeiterverbandes in der Solinger Stahlwarenindustrie. Die sozialdemokratische „Bergische Volksstimme“ schrieb im Mai 1905: „Das Verhalten des deutschen (des roten) Metallarbeiterverbandes übersteigt alle Grenzen. Immer haßt er auf die Christlichen herum und bezichtigt sie als Streikbrecher. Er (der Metallarbeiterverband) habe kein Recht, dies zu sagen. Der Metallarbeiterverband treibe in Solingen organisierten Streikbruch und Arbeiterverrat und liefere die Arbeiterschaft dem schlimmsten Gegner der Organisation, dem Unternehmer Hammesfahr aus.“ — Note Streikbruchgenerale! Das Schöffengericht in Solingen wies im Jahre 1908 die Klage von vier Vorstandsmitgliedern des roten Metallarbeiterverbandes gegen den Redakteur des „Stahlwarenarbeiter“ Ernst Gut in Solingen mit folgender Begründung ab: „Das Gericht erachtet auf Grund der Beweisaufnahme der Reueigennehmung und der vorgelegten Briefe den Beweis dafür, daß der Metallarbeiterverband hier in beiden Streikfällen die Meisterschleifer und die übrigen Solalgerwerkschaften tatsächlich verraten bezw. den Meisterschleiferverein im Rücken angefallen hat, für erbracht und so ferner für erwiesen, daß der Vorstand in Stuttgart von diesen Vorwurfsmissen unterrichtet war, das unsolidarische, verräterische Verhalten der Solinger Leitung des Metallarbeiterverbandes aber nicht verbüßte und sich dadurch zum Mitschuldigen machte! — Note Arbeiterverrat ein groß!

Gelegentlich des 16wöchentlichen Formertarifkampfes 1905 in Welfert hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband mit Wissen seiner Beamten Kalbrecht, Stöbel und Haas Streikbrecher gestellt. Beweis: Gerichtsverhandlung gegen genannte Beamte, die am 21. November 1905 in Welfert stattfand.

Beim Welferter Formertarifstreik suchte der Beamte Sandler des soziald. Verbandes Streikarbeit bei der Firma Nippes u. Schmidt in Wald bei Solingen unterzubringen. Als Belohnung für diese erbärmliche Tat verlangte er vom Unternehmer eine Provision. Beweis: Gerichtsverhandlung Solingen im April 1906. Es stellt gerichtsmäßig fest, daß die sozialdemokratischen Beamten selbst 1100 ihrer eigenen Mitglieder so um den Erfolg des 16wöchigen Kampfes in Welfert gebracht haben. Damals behaupteten sie aber, daß der christliche Metallarbeiterverband der Schuldige sei.

Gelegentlich des Berliner Rohrleger-Tarifkampfes 1908 hat die Berliner Ortsverwaltung Quertreibereien getrieben, die in der Urteilsbegründung als Verrat bezeichnet wurden. Beweis: Gerichtsverhandlung Berlin, Oktober 1908.

In Wiesbaden ging 1906 ein Malerstreik durch Mauerstreifer verloren. In einer Sitzung des soziald. Gewerkschaftskartells wurde, wie das Verbandsorgan des sozialdemokratischen Malerverbandes, „Der Vereinsanzeiger“ (Nr. 29, 1906), berichtet: „dieser große Disziplinbruch aus allerentchiedenste verurteilt“. Der Delegierte der streikbrecherischen Sozi habe darauf erklärt: „Die Mitglieder hätten auf Anweisung des Zentralvorstandes Streikbruch verübt“. Dazu bemerkt das sozialdemokratische Gewerkschaftsblatt: „Was wir im vornherein vermutet haben, ist in eklatanter Weise bewiesen worden. Die treibende Kraft für diese elende Verräterei ist im Zentralverband der (soziald.) Stukkateure zu suchen. Wir möchten nun hiermit alle unsere Mitglieder . . . warnen, dieser verräterischen Clique, die sich in der (soziald.) Stukkateurorganisation breite macht, Gefolgschaft zu leisten.“ — Note Streikbruchorganisation!

Das möge für heute genügen. In der nächsten Nr. wollen wir dann noch einige weitere Blätter aus den „Annalen der roten Schande“ ans Licht ziehen, die zur Evidenz erweisen, daß Arbeiterverrat, Streikbruch u. dergl. Teufeleien an der Arbeiterschaft bis heute im roten Lager in üppigster Blüte stehen.

Aus der Arbeiterbewegung.

Eine Ausübung des Gesamtverbandes

Der christlichen Gewerkschaften fand am 2. und 3. April in Düsseldorf statt. Die Redakteure der christlichen Gewerkschaftspressen und die Beamten des Gesamtverbandes nahmen ebenfalls an den Verhandlungen teil. Der Bericht des Vorstandes befaßte sich eingehender mit den Begleiterscheinungen des letzten Reichstagswahlkampfes und der durch das Wahlergebnis geschaffenen Situation. Es wurde, sowohl in Bericht wie in der späteren Diskussion, hervorgehoben, daß der Wahlausfall für die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine günstige Allgemeinmeinung erzeugt habe, die in der Werbearbeit entsprechend auszunutzen sei. Die schweren Kämpfe der letzten Zeit hätten ebenfalls befruchtend auf die Werbearbeit für die christlichen Berufsorganisationen eingewirkt, wenn die Situation nur richtig ausgenutzt würde.

Drei Verbände hätten in der Berichtszeit außerordentlich schwere Kämpfe auszukämpfen müssen. Der Gutenbergbund gegen den sozialdemokratischen Buchdruckerverband, der mit allen erdenklichen terroristischen Machtmitteln die Alleinherrschaft im Gewerbe erstrebe; der Tabakarbeiterverband bei den Massenauflösungen am Niederrhein und gleich nachher in Westfalen; endlich der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter bei der Bewegung im Ruhrrevier. Letztere nahm einen breiten Raum des Berichtes wie der nachfolgenden Verhandlungen in Anspruch. Einmütig kam die Ansicht zum Ausdruck, daß der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter im wofürbigen Interesse der Arbeiter wie der Gewerkschaftsbewegung nicht anders handeln konnte, wie er getan

und daß er den bedeutungsvollen Entscheidungskampf um seine Selbständigkeit, wie die Unabhängigkeit der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung mit Ehren bestanden habe. Den Führern wie Mitgliedern des Gewerkschaftsvereins wurde in der Ausübung wohlworbender Dank und rückhaltlose Anerkennung ausgesprochen.

Die Arbeitsnachweisfrage unter besonderer Berücksichtigung der Facharbeitsnachweise wurde als besonderer Gegenstand der Tagesordnung sehr eingehend behandelt. Referent war Kollege Kurlsch, der in seinem auf der Praxis stützenden Vortrag ein interessantes Bild der Arbeitsnachweisfrage im Rahmen der gewerkschaftlichen Arbeit zeichnete und der nachfolgenden Diskussion eine breite Unterlage schuf. Referat und Aussprache zeigten, welche große Bedeutung dieser Frage seitens der Gewerkschaften beizumessen, aber auch wie schwierig sie zu lösen ist. Der Vorstand des Gesamtverbandes wurde beauftragt, die Angelegenheit genau zu verfolgen, Material zu sammeln und später mit entsprechenden Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten.

Ueber das Privatbeamten-Verrechnungsgesetz hielt Herr Dieckmann-Blabach einen übersichtlichen Vortrag. Die nachfolgende Aussprache befaßte sich in der Hauptsache mit der Frage, wie sich der bestehende Unterstufungslohn für die Beamten der christlichen Arbeiterbewegung auf Grund des neuen Gesetzes zu gestalten habe. Endgültiges läßt sich darüber nicht entscheiden, bis die Ausführungsbestimmungen der neuen Reichsversicherung für Privatbeamte vorliegen.

Zum Schluß befaßte sich die Ausschussung mit dem nächsten christlichen Gewerkschaftskongress, der im laufenden Jahre stattfinden soll. Den genauen Termin wie den Ort und die Tagesordnung zu bestimmen, wurde dem Vorstand des Gesamtverbandes überlassen.

Ueber die Grenzen.

Ein leidiges Kapitel in der Gewerkschaftsbewegung aller Richtungen bilden Grenzfragen bezw. Grenzstreitigkeiten. Solange sich aus Einzelfällen heraus kleinere Reibungen ergeben, werden diese keine ernsthaftere Beachtung finden. Wird jedoch das „über die Grenzen gehen“ zu einem chronischen Uebel, wodurch die Solidarität der Berufskollegen sowie die innere organisatorische Festigkeit in Frage gestellt wird, dann muß dagegen Front gemacht werden. Hierzu hat im Nürnberger Bezirk der Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs-, und sonstiger Industriearbeiter leider wiederholt Veranlassung gegeben. Würden die zwischen unserem und dem genannten Verband getroffenen Vereinbarungen im Nürnberger Bezirk eingehalten, so könnte man gut zurecht kommen. So aber werden mit den niederen Beiträgen im Hilfsarbeiterverband immer wieder ungelernete oder angelehrnte Metallarbeiter aufgenommen, entgegen den Bestimmungen besagter Vereinbarung. Auf Vorhalt wird sogar von freigestellten Kollegen des Bruderverbandes gesagt: „wo die Fabrikarbeiter sozialdemokratischer Richtung agitieren, nehmen wir auch Mitglieder auf.“ Sonach hätten besondere Vereinbarungen nur noch papierenen Wert.

Die niederen Beiträge wirken aber, wenn auch unbeabsichtigt, als Schmutzkonkurrenz. Auch die Ausrede, „nehmen wir sie nicht, gehen diese Arbeiter der Bewegung verloren“, entbehrt der inneren Berechtigung. Wird nicht nur auf die Beitragshöhe, sondern auch auf die Mitgliedsrechte und Leistungen verwiesen, so ergeben sich auch sofort die Vorteile höherer Beiträge. Der größere Schaden wird zweifellos darin sich zeigen, daß unter unseren Berufskollegen, die über Leber und Anschauung neu genährt wird, als könne mit billigen Beiträgen den gewerkschaftlichen Anforderungen ebensogut Rechnung getragen werden. Das jüngste Ringen im Ruhrrevier hat doch neuerdings wieder bewiesen, daß es gewissen Genossen auch nicht an „Mut“, wohl aber am notwendigen Kleingeld gefehlt hat.

Wie sehr auch die so bitter notwendige Solidarität geschädigt werden kann, bewies ein jüngstes Vorkommnis, das hier als Menetekel festgehalten zu werden verdient. Unlängst fand für die Arbeiterschaft einer Maschinenfabrik und Eisengießerei eine allgemeine Betriebsversammlung statt. Vertreten waren durch Bezirksleiter unser Verband, der Hilfsarbeiterverband und der sozialdemokratische Metallarbeiterverband. Die Beschwerden der Arbeiter wurden den anwesenden Vertretern der Firma vorgebracht und teilweise Abhilfe zugestanden. Kurz nach dieser Versammlung ist der Hilfsarbeiterverband als berufsfremde Organisation unter Ignorierung der größeren Zahl unserer beteiligten Verbandskollegen und deren Vertretung allein vorgegangen durch Eingabe bei der Firma. Für den Gewerkschaftler stand die Erfolglosigkeit solchen Beginns nach Lage der Verhältnisse außer Zweifel. Jedenfalls aber hätte sich der verantwortliche Kollege die Bestätigung der unlauteren Konkurrenz ersparen können.

Gerade die Hilfsarbeiter konnten keine größere Ungeschicklichkeit begehen, als die Solidarität der gelehrten Berufskollegen preiszugeben. Die Kraft der Organisation liegt in der Solidarität aller Berufskollegen, ohne die jeder Erfolg in Frage gestellt wird. Das sollte ein alterer Gewerkschaftler wissen. In einer Reihe von Städten aber sind die Vertrauensmänner des Hilfs- und Gemeinde-Arbeiterverbandes nicht richtig informiert über oben erwähnte Vereinbarungen, es könnte einem sonst nicht immer wieder die falsche Anschauung begegnen, daß „ungelernte Metallarbeiter“ in den Hilfsarbeiterverband gehören. Die unsererseits geltend gemachten Einwendungen wurden zum großen Teil ignoriert. Auf jeden Fall ist es zu bedauern, daß nicht im genannten Bruderverband volle Klarheit darüber erlangt worden ist, daß nur die betriebstremden Arbeiter (Hoffeher, Kohlenlader, Rutscher) in der Metallindustrie für den Hilfsarbeiterverband zuständig sind. Hält man sich dort an die erwähnten Vereinbarungen, so werden dadurch am ehesten für uns unerträgliche Verhältnisse und Konkurrenzen vermieden und die Diskussion über dieses leidige Kapitel bleibt uns in Zukunft erspart.

Freunde in der Not.

gehört Hundert auf ein Volt“, so klagt die sozialdemokratische „Bergarbeiter-Zeitung“ (Nr. 15, 1912) mit Bezug auf die schmerzliche Streikniederlage an der Ruhr. Der Artikel polemisiert zwar gegen die bürgerliche Tagespresse und macht gleichzeitig in bekannter „Neutralität“ Propaganda für die sozialdemokratische Parteipresse, aber zwischen den Zeilen und zwischen den Silben der Ueberschrift klingt doch auch so etwas wie wehmütige Klage über das Verhalten der „Genossen“ im eigenen Lager durch. Nicht ohne Grund, denn vernünftig denkende „Genossen“ aus dem Gewerkschaftslager haben es absolut nicht über sich gewinnen können, die verfehlte kopflose Taktik des sozialdemokratischen Verbandes zu verteidigen. Allgemein ist es z. B. aufgefallen, daß im Reichstag nach dem Indianer-Tanz des Abg. Sachse keine der vielen einflussreichen „Freunde“

Gewerkschaftsführer, die im Reichstag sitzen, das Wort nahmen, um den Ruhrbergmannsstreit zu verteidigen, sondern daß man zwei politische Neulinge, die Herren Dr. Erdmann und König vorstellte und die Kammer Sachses vervollständigen ließ.

Wo blieb Abg. Regien, der als Vorsitzender der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften eigentlich im Vordergrund dieser denkwürdigen Gewerkschaftskämpfe hätte stehen müssen? Warum hüllten sich die anderen Generalkommissionsmitglieder Robert Schmidt, Bauer, Silberstein und u. a. in die schweigende Schweigen?

Der Nächstgenannte wird sich den richtigen Vers darauf machen können. Besonders wenn man noch erfährt, daß Abg. Regien seinem Genossen Sachse nach dessen verfehlter Rede ein brüderliches Privatgespräch gelesen haben soll, wenn man ferner in den sozialistischen Monatsheften in einem Artikel vom Abg. Robert Schmidt liest, daß der sozialdemokratische Verband den Einfluß des christlichen Gewerkschaftsvereins und die Treue seiner Mitglieder unterschätzt, also falsch kalkuliert habe. Ja, da hat Abg. Schmidt den Angelpunkt des ganzen Ruhrstreiks berührt. Die Führer und Mitglieder des christlichen Gewerkschaftsvereins standen in Treue fest und machten die sozialdemokratischen Vernichtungspläne zunichte. Und nun sieht sich der sozialdemokratische Bergarbeiterverband isoliert, sieht jammert sein Verbandsorgan über mangelnde Freundschaft, da sich kein vernünftiger Mensch findet, der seinen Frevler an den Ruhrbergarbeitern verteidigen kann.

„Vaterländische“ und „freigewerkschaftliche“ Gelbe

Kürzlich lief eine Notiz durch die sozialdemokratische Presse, (u. a. „Vorwärts“, Nr. 68/1912), worin die als „Zentrumschristen“ titulierten christlichen Gewerkschaften wieder mal mit dem Gelben verunglimpft wurden. Anlaß dazu war, daß Mitglieder des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes an einem Gantag „vaterländischer“ Arbeitervereine in Worms teilgenommen und dort Reden gehalten hätten. Was die christlichen Gewerkschaften, denen der genannte Handlungsgehilfenverband bekanntlich nicht angeschlossen ist, damit zu tun haben, ist das Geheimnis der sozialdemokratischen Zeitungsschreiber.

Nun aber zu diesem Fall folgendes Gegenstück: Das sozialdemokratische „Volksblatt“ in Halle (Nr. 45/1912) beginnt einen Verfallungsbericht mit folgenden Worten:

„Seit etwa einem Jahre treibt eine kleine Gruppe Gelblinge unter der Flagge des sogenannten Vaterländischen Arbeitervereins ihr Wesen in den halleischen Fabriken und nicht zuletzt in denen der Schokoladen- und Zuckerverarbeitungsindustrie. In einigen dieser Fabriken haben sie die Demunziererei gegenüber den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern jetzt auf die Spitze getrieben.“ Deshalb sehe man sich genötigt, „diese Gesellschaft einmal vor der Öffentlichkeit zu brandmarken“.

Und an der Spitze dieser so schön gekennzeichneten gelben Vereinigung steht ein Herr Leitloff, stammes Mitglied des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes. Dessen Organ, der „Korrespondent“, versucht den gelben Verbandskollegen herauszuholen und läßt sich dabei das interessanteste Gefändnis entwickeln, daß im Buchdruckerverband noch mehr solcher Leute mit einem roten und einem gelben Armband vorhanden wären. Es geht eben nichts über sozialdemokratische Prinzipienreinheit und Charakterfestigkeit!

Rundschau.

Der Umfang der Nacharbeit in der Metallindustrie wird im Bericht der preussischen Gewerbeaufsicht für das Jahr 1911 einer Besprechung unterzogen. Eine interessante Stichprobe zu diesem Kapitel, das wir später noch im Zusammenhang behandeln werden, sind die Angaben des Berichtserfatters für den Regierungsbezirk Aachen. Danach waren von 9660 Arbeitern in der Nacht 2243 beschäftigt. In den einzelnen Branchen liegen die Dinge im Regierungsbezirk Aachen folgendermaßen:

	Zahl der Arbeiter insgesamt	Zahl der Nacharbeiter
1 Hochofenwerk	169	45
3 Bleihütten	690	153
2 Zinkhütten	1190	166
1 Stahl- und Walzwerk	3232	1015
7 Walzwerke	2388	458
1 Kesselfabrik	294	25
1 Metallwerk	690	137
3 Elektrizitätswerke	83	8
4 Chemische Fabriken	974	236
	9660	2243

Die Zahl der Arbeiter, die in regelmäßiger Tag- und Nacharbeit beschäftigt sind, beträgt mithin 4486 oder 47,8% von der Gesamtbeschäftigung. Am stärksten, nämlich mit 62,8% Prozent, sind mit Tag- und Nacharbeit belastet die Arbeiter der sieben Walzwerke. Ihnen folgen: Hochofenwerk 53,25%, Chemische Fabriken 48,45%, Bleihütten 44,34%, Metallwerk 39,71%, Zinkhütten 27,90%, Elektrizitätswerke 24,25% und die Kesselfabrik mit 17%.

Die „freien Gewerkschaften“ fordern zum Austritt aus der Landeskirche auf! Das Kartell der freien Gewerkschaften von Linen hatte am vorletzten Sonntag eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen. In derselben referierte der Reichstagsabgeordnete Spiegel-Diffendorf, Bezirksleiter des „deutschen“ Metallarbeiterverbandes, und der Gewisse Rembrandt-Lünen. Laut Bericht der Dortmunder Arbeiterzeitung Nr. 87/1912 sagte der Referent unter förmlicher Zustimmung am Schluß seiner Ausführungen, „daß es für die Arbeiterchaft am besten sei, der heutigen kapitalistischen Kirche den Rücken zu kehren.“ Hierauf wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der „die heutige Gewerkschaftsversammlung die Anhänger der freien Gewerkschaftsbewegung auffordert, der heutigen kapitalistischen Kirche das Axt zu jagen und den Kirchenaustritt zu erklären.“ Nach dem Bericht der sozial. Arbeiterzeitung sollen am Schluß der Versammlung etwa 50 Personen ihren Austritt aus der Landeskirche erklärt haben. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften machen also aus ihren antireligiösen Bestrebungen kein Hehl mehr, und richten sich diese sowohl gegen die evangelische wie gegen die katholische Kirche in gleichem Maße. Es muß deshalb allen gläubigen Arbeitern zum Bewußtsein kommen, daß sie es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, einer sozialdemokratischen Gewerkschaft anzugehören, sondern daß ihr Platz in den christlichen Gewerkschaften ist. Andererseits werden den Personen im evangelischen Lager, die immer noch mit den „freien“ Gewerkschaften hängen, über deren wahre Bestrebungen und Tendenzen die Augen aufgehen.

Aus der Metallindustrie. Die Deutsche Maschinenfabrik in Duisburg, Venrath und Wetter verzeichnet für das Jahr 1911 einen Nettogewinn von 2 023 000 M.; der Reingewinn beträgt nach 1 122 000 M. Abschreibungen 901 479 M. Daraus erhalten die Aktionäre 6% Dividende gleich 830 000 M. — Die Kaiser Eisengießerei Freitag & Co. erzielte 16 761 M. Reingewinn. Die Dividende beträgt 13 500 M. oder 5%. — Der Schlesiens Zinkhütten-Gesellschaft Lipine brachte das Geschäftsjahr 1911 einen Reingewinn von 5 300 000 M. Die Dividende beträgt 18% und erfordert 4 685 000 M. Die vereinigten Pfannenfabriken in Regis erzielten einen Reingewinn von 135 000 M. Die Dividende beträgt 7%.

Die Annäherung des roten Demagogentums in der Frage der sogenannten Brauntweinschneide in unserer Nr. 14 ist der „Metallarbeiterzeitung“ augenscheinlich sehr quer. Sie will mit ihrer wiederholten einseitigen Anschuldigung der „Brauntweinschneide“ nach sozialdemokratischer Manier nicht geschwindeln haben. Aber auch die sozialdemokratische Göttinger „Freie Volkszeitung“ soll mit dem Satz, daß die Aufhebung der Schnapssteuer nur für die Schnapskonsumenten eine neue Belastung bilde — nicht geschwindeln haben. Weil das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes jedoch einsieht, daß die Aufhebung der Göttinger Parteiblattes in dieser Sache zu den seinen wie die Faust aufs Auge paßt, schwindelt es seine Gläubigen folgendermaßen an:

„Geschwindelt hat in diesem Falle wieder einmal der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter, indem er aus dem Göttinger Blatte einen — allerdings nicht besonders glücklich formulierten Satz — in bewährter zentrumschriftlicher Manier aus dem Zusammenhang riß und einem Gegenatz zu unseren Äußerungen hineinfällte.“

Das ist wieder eine echt sozialdemokratische Verdächtigung, zu der die „Metallarbeiterzeitung“ hier ihre Zucht nimmt, um sich aus der Klemme zu ziehen. Denn in den — allerdings nicht besonders glücklich formulierten — Satz des Göttinger Sozialblattes wird kein vernünftiger Mensch noch erst einen Gegenatz zu den bisher landläufigen sozialdemokratischen Agitationschlagern gegen die sogenannte Liebesgabenpolitik hineinfällen wollen. Der Gegenatz liegt in sacherlicher Hinsicht eben klar auf der Hand. Allerdings — und darin geben wir der Metallarbeiterzeitung recht — jeder, der ein klein wenig beschlagen ist, weiß, daß es sich in diesem Falle gar nicht um die Preisgabe eines sozialdemokratischen Grundsatzes handelt. Frei nach Max Schippel lautet der nämlich: „Sitzt die Schnapssteuer auf dem Regierungskarren, so wird gegen die Schnapssteuerbesatzung losgelegt — wird sie beseitigt, wird gegen die Beseitigung losgelegt — die Hauptsache ist, daß immer kräftig losgelegt wird!“

Diese Demagogik bringt es denn auch mit sich, daß die sozialdemokratische Presse ihren Lesern beständig möglichst viel roten Dunst vormachen muß, damit sie nicht merken, daß sie im Interesse des grundsätzlichen Loslegens über alles und jedes ständig angezündet werden. Im übrigen freuen wir uns ehrlich, daß das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes seine Genossen auffordert, den vom sozialdemokratischen Parteitag zu Leipzig beschlossenen Schnapsboykott kräftig weiter durchzuführen, ja ihm immer weitere Anerkennung zu verschaffen. Diese Aufforderung an die Genossen erscheint uns durchaus nicht überflüssig. Denn wenn infolge des roten Boykotts der Schnapskonsum von 13 Liter pro Kopf und Jahr auf 9 Liter sank, so ziert das doch deutlich, wach eine Unmenge „Junferfusel“ gerade von zünftigen Genossen vertilgt worden sein muß. Die christlichen Gewerkschaftler danken für die Zustimmung der „Metallarbeiterzeitung“, nun anstelle der etwas „mäßiger“ gewordenen Genossen dieses unmäßige Quantum „Junfer“ auszu — trinken.

Der rote Schnapsboykott flaut ab! Der sozialdemokratische Arbeiter-Abstinenzbund hielt vor Ostern seine vierte Generalversammlung ab. Auf dieser wurde lebhaft Klage geführt über die mangelhafte Durchführung des vom sozialdemokratischen Parteitag verhängten Schnapsboykotts. Schon bei der Begrüßung hob, laut „Vorwärts“, der Bundesvorsitzende Neumann „scharf“ bedauernd die mangelhafte Forcierung des Schnapsboykottbeschlusses durch den Parteivorstand hervor, die es mitverschuldet, daß der Boykott viel zu sehr in Vergessenheit gerät und eine Erneuerung des Boykottbeschlusses durch den nächsten Parteitag in Chemnitz zu einer zwingenden Notwendigkeit macht“. Derselbe Redner betonte weiter in seinem Geschäftsbericht, daß es auch „an der moralischen Einwirkung durch die Gesamtbevölkerung auf die Genossen zur Innehaltung des Schnapsboykotts sehr mangelhaft“. Auch in der Diskussion wurde „dringlich“ betont, „daß der Schnapsboykott nicht mehr so wirkt, wie er eigentlich soll. Fast in ganz Sachsen, vor allem in Plauen, Bautzen, Pirna, Chemnitz, ist der Schnapskonsum wieder ein erheblich höher; auch das Ruhrrevier kommt besonders in Betracht.“

Daß die Genossen sich an den Schnapsboykott nicht halten, ist allerdings nicht verwunderlich, wenn selbst in den sozialdemokratischen Gewerkschaftshäusern nach wie vor Schnaps zum Verkauf gelangt. In seinem Geschäftsbericht stellte der Bundesvorsitzende sogar in diesen eine Zunahme des Schnapskonsums fest. Wörtlich heißt es dort: „Die Berichte einer ganzen Anzahl Gewerkschaftshäuser weisen im Jahre 1910 einen höheren Schnapskonsum auf als 1909, und 1911 einen noch höheren als 1910.“ In der Diskussion wurde hervorgehoben, die Gewerkschaftshäuser, resp. die Verwaltungen derselben, weigerten sich besonders aus finanziellen Gründen, den Schnapsausverkauf einzustellen.

Der sozialdemokratischen Parteileitung scheint es demnach mit der Durchführung des Boykottbeschlusses nicht sonderlich ernst zu sein. Ob auch bei ihr „die Furcht vor dem Publikum, dem einflussreichen Wähler“ maßgebend ist? Die Verwaltungen der Gewerkschaftshäuser aber scheinen aus geschäftlichen Gründen auf den Weichhaken. Es ist also hohe Zeit, daß die „Metallarbeiterzeitung“ dem Publikum zum Trotz einmal Herkulesarbeit in diesen roten Augiasställen verrichtet, sonst werden die verhassten Schnapsjunfer schließlich noch mit Hilfe des roten Bundes über den Schnapsboykott triumphieren.

Zum Bergarbeiterstreik im Ruhrkohlenrevier schreibt die weitverbreitete polnische Zeitung „Grubzionspla“ unter der Überschrift „Sozialdemokratische Verräter“:

„Der Streik der Bergarbeiter ist beendet mit einem Misserfolg. Daß er so zu Ende gehen würde, konnte man voraussehen. Nur die Sozialdemokraten drängten zum Streik. Was für ein Interesse hatten sie dabei? Es ist klar! Den Sozialdemokraten ging es darum, das Feuer zu schüren und eine möglichst große Unzufriedenheit unter den Arbeitern hervorzurufen; den Sozialisten kam es darauf an, die Ueberzeugung

zu wecken, sie seien allein die Beschützer und Schirmer des arbeitenden Volkes. Sie wußten wohl, daß der Streik nicht gelingen werde. Man hätte erst künftigen müssen; in jedem Falle hätte man abwarten sollen, was die Grubenbesitzer tun würden, und es wäre noch Zeit genug gewesen, sich zum Streik zu entschließen, wenn alle friedlichen Mittel erschöpft waren. Den Sozialdemokraten kam es nur darauf an, zu streiken, um dadurch eine große Verwirrung hervorzurufen und im Trüben für ihre Parteizwecke zu fischen. Schon am dritten Streitage, wie wir jetzt erfahren, begann die Zahl der Streikenden stark zu sinken. Man mußte also die Taktik ändern und den Streik aufheben, um so mehr, als die Grubenbesitzer den Bergleuten mitteilten, daß sie gemäß ihnen zustehenden Rechten den Streikenden den Lohn für fünf bis sechs Schichten abziehen würden als Strafe für den Kontraktbruch. Wer hätte das gewußt, das arme Volk einem solchen Verlust auszusetzen! Die Sozialdemokraten hatten es und befahlen ruhig den Bergleuten, weiter zu streiken, obgleich sie genau wußten, daß der ganze Streik verfehlt war.“

Daß den Polen endlich diese Erkenntnis kommt, ist immerhin zu begrüßen. Hätten sie diese Einsicht schon früher gehabt, wären zahlreiche polnische Arbeiter vor Not und Elend bewahrt geblieben.

Schwer verrecknet haben sich die sozialdemokratischen Bergarbeiterführer, die beim letzten Streik im Ruhrrevier die Berufssolidarität der Bergleute für ihre parteipolitischen Zwecke mißbrauchten zu können glaubten. Das „Zentralblatt“ Nr. 7 bemerkt dazu ganz zutreffend:

„In einem Punkte haben sich die sozialdemokratischen Verbände besonders schwer verrecknet: in der Spekulation auf die besonders stark ausgeprägte Bergarbeiterberufssolidarität. Sie waren der Meinung: wenn der Streik durch die Organisation des Dreibundes beschloffen würde, würden die christlich organisierten Bergleute gegen den Willen der Gewerkschaften mitgerissen werden. Bei früheren Kämpfen setzte sich die Berufssolidarität der Bergleute tatsächlich über alle Berufstrennungen hinweg; wenn an einer Stelle des Meiers die Arbeit niedergelegt wurde, verbreitete sich der Streikgehaufe ohne Zutun der Organisation wie ein Lauffeuer. Bei dem Streik von 1905 hatten bereits bis zum 12. Januar über 36 000 Mann die Arbeit niedergelegt, ohne daß sie mit ihren Organisationen Rücksprache genommen hatten, und ohne daß bestimmte Forderungen aufgestellt worden waren. Erst eine an diesem Tage zusammentretende Revierkonferenz formulierte die vorhandenen Beschwerden zu Forderungen und überreichte diese dem Bergbauischen Verein. Trozdem diese Revierkonferenz beschloffen hatte, daß am 16. Januar eine weitere Konferenz zusammentreten sollte, und bis dahin keine weiteren Arbeitsniederlegungen eintreten dürften, besapfen sich am 16. Januar bereits 108 000 Mann im Streik. Und in dieser Situation wurde 1905 der allgemeine Streik beschloffen.“

Mit solcher Berufssolidarität konnten ganz naturgemäß auf die Dauer den gewaltigen Kapitalkräften im Ruhrrevier keine Erfolge abgerungen werden. Und an diesem Punkte hat in den letzten Jahren die Erziehungsarbeit des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter eingesetzt. Dessen Ergebnisse wurden von den sozialdemokratischen Verbände Führern unterschätzt; sie glaubten mit den edelsten Bergarbeiterkugeln den weiter Mißbrauch treiben zu können, und haben sich dabei allerdings ganz gründlich verrechnet. Die diesbezügliche Erziehungsarbeit des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter muß also fortgesetzt werden, damit nie wieder in der Zukunft die unter den Bergarbeitern schlummernden Kräfte zur ungeeigneten Zeit nutzlos vergeudet werden können. Auch im Ruhrkohlenbergbau dürfen die zukünftigen Kämpfe nicht mehr mit bloßen Gefühlsbestimmungen geführt werden; auch hier ist notwendig, daß die beiderseitigen Kräfteverhältnisse kühl abgewogen und die zu den Kämpfen notwendigen gewerkschaftlichen Voraussetzungen von den Führern der Bergarbeiterorganisationen rechtzeitig gewußt und geprüft werden.“ Ganz unsere Meinung.

Streiks und Lohnbewegungen.

Hannover. Die Arbeiterschaft der hiesigen Metallindustrie steht in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Da der Verband der Metallindustriellen seine Zuständigkeit in dieser Frage verneinte — die Festsetzung der Arbeitszeiten müsse den einzelnen Werken vorbehalten bleiben — beschloffen die beteiligten Organisationen (christlicher, S.-D. und sozialdemokratischer Metallarbeiterverband), den einzelnen Werksleitungen folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. Festsetzung einer täglichen Arbeitszeit von 9 Stunden.
2. Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pfg.; wo diese Erhöhung zur Erlangung des früheren Wochenverdienstes nicht ausreicht, soll ein Lohnausgleich stattfinden.

Diese Forderungen wurden in der Woche nach Ostern bei verschiedenen Firmen eingereicht, und zwar bei der Firma Max Müller, Maschinenfabrik, bei der Geldschrankfabrik Bode und den Zentralheizungswerken in Hannover-Painholz. Die Firma Müller bewilligte die Arbeitszeitverkürzung auf wöchentlich 56 Stunden und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 3 Pfennig, womit die Arbeiterschaft sich einverstanden erklärte. Die Zentralheizungswerke waren bereit, eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung um 2 Stunden zu bewilligen, als Lohnausgleich sollte eine 3%prozentige Lohnerhöhung dienen. Das Gleiche wollte die Werksleitung des Lindener Eisen- und Stahlwerks bewilligen, wo ebenfalls die oben genannten Forderungen eingereicht wurden.

Die Arbeiterschaft war mit letzteren Zugeständnissen nicht einverstanden, sodaß in den Zentralheizungswerken die Arbeit am 16., im Lindener Eisen- und Stahlwerk am 20. April eingestellt worden ist; dasselbe ist bei der Firma Bode der Fall. Da die Forderungen sämtlichen Betrieben der Metallindustrie zugestellt werden sollen, so dürfte bei der Stellung der Metallindustriellen jedenfalls eine größere Bewegung unvermeidlich sein.

Daher ist es nunmehr Pflicht aller auf christlich-nationalem Boden stehenden Metallarbeiter, ungekümmt den Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband zu vollziehen, damit sie nicht allein stehen in der bevorstehenden ersten Zeit.

Sowohl die Mitglieder unseres Verbandes wie auch die Gewerkscheiner (S.-D.) wollten bei Stellung der Forderungen eine Anzahl weiterer Wünsche berücksichtigt wissen. So wünschten die Former die Frage des Fehlgusses anders geregelt, die Akkordarbeiter wünschten eine Aufhebung der Akkordsätze, fast überall aber sollte dem Ueberstundenwesen einmal energisch zu Leibe gegangen werden. Leider konnten diese Wünsche nicht durchgedrückt werden, da man seitens des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sich darauf festgelegt hatte, alle weiteren Forderungen jetzt auszuschalten. An unseren Kollegen und

allen christlich denkenden Metallarbeitern liegt es nun, durch Stärkung unseres Verbandes Sorge zu tragen, daß auch hier unser Einfluß ein größerer wird. Darum aufgewacht und gearbeitet, bis auch der letzte auf unserem Boden stehende Metallarbeiter im christlichen Metallarbeiterverband organisiert ist.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen in jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Düsseldorf. Ueber die Formerei der Armaturen- und Maschinenfabrik Schwilke in Düsseldorf-Mörsenbroich ist die Sperre verhängt.

Siegen. Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Verzinkerei in Gelsowald ist für Metallarbeiter gesperrt.

Ulm. Die Arbeiter der Firma Gb. Mayer & Comp. stehen im Streit. Zugzug ist streng fernzuhalten.

Trier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Kleinmünz- und Zinkalloysbranche gesperrt. Zureichende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

Düsseldorf-Oberkassel. Bei der Firma Strich stehen die Schlosser der Abt. Fensterbau im Streit.

Gevelsberg. Bei der Firma Wllh. Schmidt, Schloßfabrik und Tempergießerei stehen die Arbeiter im Streit.

Frankfurt a. M. In den hiesigen Aderwerken, ferner bei den Firmen Masfacht u. Co., Fries u. Sohn, Porforny und Wittelnd stehen die Arbeiter im Streit. Zugzug ist fernzuhalten.

Düsseldorf-Grevelsdorf. In der Drahtstiftfabrik Dreher u. Sohn stehen die Arbeiter im Streit.

Hagen. Die Arbeiter der Firma Kraemer u. Freund (Fabermeister, Schleifer usw.) stehen wegen Ablehnung ihrer Forderungen im Streit.

Machen. Die hiesigen Former und Gießereiarbeiter stehen in Kündigung.

Düsseldorf-Grevenbroich. Ueber die Dreherei der Maschinenfabrik Klingelhöffer ist die Betriebsperre verhängt.

Hannover. In der Metallindustrie von Hannover und Umgebung ist eine Bewegung zwecks Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet. Zureichende Kollegen haben sich deshalb vor Annahme von Arbeit im Wilco, Kanonenwall 16, zu melden.

Werdohl. Ueber die Firma J. W. Dunter ist wegen Maßregelung die Sperre verhängt. Die Schleifer stehen in Kündigung.

Zugzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 28. April 1912 der achtzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. April bis 4. Mai 1912 fällig.

Die Ortsgruppe **Straubing** erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 16 Pfg. pro Woche, statt bisher 10 Pfg. Die Ortsgruppe **Hildesheim** erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 20 Pfg. pro Woche, statt bisher 10 Pfg. pro Woche und 10 Pfg. pro Monat. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

München. Das Mitgliedbuch Nr. 155,321, ausgestellt auf den Namen Friedr. Rischerer, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Köln. Viel Kopfschmerzen macht den Gewerkschaftssozialisten vom roten Metallarbeiterverband die Entwicklung des christlichen Metallarbeiterverbandes im Jahre 1911. Man versucht nun im roten Lager diese Tatsache zu verschleiern, indem man in der „Rheinischen Zeitung“ Nr. 74 die Ausgaben beider Organisationen gegenüberstellt, so erhält man naturgemäß für den roten Verband höhere Zahlen, als für den christlichen Verband. Daß der christliche Metallarbeiterverband nicht so bedeutungslos ist wie die Herren von der Severinsstraße es gerne haben möchten, geht schon daraus hervor, daß sie sich in letzter Zeit so sehr viel mit ihm beschäftigen; andererseits aber auch aus seiner Entwicklung im Jahre 1911. Auf ein und demselben Gebiet stieg die Mitgliederzahl des roten Verbandes laut Abrechnung von 7719 auf 8005, also eine Zunahme von 1186 oder 13,93 Prozent. Der christliche Metallarbeiterverband stieg von 1797 auf 2686 Mitglieder, also um 889 oder 49,86 Prozent.

Angesichts dieser Tatsachen kann man auch verstehen, daß die Gewerkschaftssozialisten nicht zur Ruhe kommen können. Wir hatten schon am 12. März in der Kölner Lokalpresse geschrieben, bei dem Kapitel Erfolge bei Lohnbewegungen könnte man die wirtschaftliche Organisation beurteilen. Darauf geht der Artikelschreiber wieder ein, sondern gibt Zahlen über die Beteiligungsziffern an den einzelnen Streiks an. Daraus wird geschlossen: Weil die Sozialisten stärker beteiligt waren als wir, schmühen wir uns mit fremden Federn. Eine derartige Logik sieht wirklich einem mit rotem Großwahn getränkten Hirne ähnlich. Unwillkürlich denkt man hierbei an den Brief des Vorsitzenden des roten Metallarbeiterverbandes, Schilde, wo von „aufgeschlafenen Ferkeln“ die Rede war. Wenn der Artikelschreiber glaubt, es schämte sich jemand mit fremden Federn, so trifft dies voll und ganz auf ihn zu. Es werden nämlich, um große Zahlen zu erhalten, sämtliche rot organisierten Arbeiter aus den anderen sozialdemokratischen Verbänden herbei geholt. Diese müssen dann die Bedeutung des „großen Deutschen“ dartun. Ein anderer Fall, wo sich jemand mit fremden Federn schmühte, war folgender: Bei der Firma Humboldt machte bei der Bewegung im Lokomotivbau der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes, als die Verhandlungen zu scheitern drohten, einen Vorschlag, worauf die freitenden Parteien sich einigen konnten. Auf Grund dessen wurde den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 5 Prozent genehmigt. In einem Flugblatt des roten Verbandes wurde dieses als der schönste Erfolg des Jahres 1911 dargestellt. Wer hat sich

hier mit fremden Federn geschmückt? War es der rote oder der christliche Metallarbeiterverband, dem die Arbeiter diesen schönsten Erfolg zu verdanken haben.

Die roten Agitatoren merken langsam, daß der christliche Metallarbeiterverband vorwärts geht. Damit nun die Mitglieder des roten Verbandes davon nichts merken, müssen die Arbeiter verhetzt und fanatisiert werden. So treiben in letzter Zeit auf der Bahntalstraße Maschinenfabrik die Ferkelchen der roten Erziehung ihr, die Arbeiterfrage schädigendes Unwesen. Nach der üblichen Beschimpfung wie „Lump“, „Streikbrecher“ etc. legte man einem jungen christlichen Arbeiter einen Zettel in den Schrank mit folgendem Inhalt:

„Für die heilige Fastenzeit: Offizierte
1a. Volkstette Käse. Die Bezirksleitung.“

Beim Schlafen in der Mittagspause bedeckte man ihn mit der „Rheinischen Zeitung“. Alles umsonst, der junge Mann bleibt standhaft. Jetzt geht ein Heiß zu Tätlichkeiten über. Um dem christlichen Arbeiter einen Beweis von zukunftsstaatlicher Brüderlichkeit zu geben, warf ein Genosse ihn mit einem Klumpen harten Sandes. Darauf zur Rede gestellt, warf dieser fanatische Terrorist mit der Schaufel nach dem Jungen und rief: „Verrecke falls du schwache Ziemel!“

Aufjaulend ist, daß diese „Selben“ ihr schmutziges Handwerk betreiben, nachdem einige Betriebsversammlungen des roten Metallarbeiterverbandes stattgefunden haben. Anständige Arbeiter müssen sich von diesen Flegeln mit Abscheu abwenden. Unsere Kollegen aber wollen bedenken, daß diesen Freiheitshelden das Handwerk nur zu legen ist durch die Stärkung unseres Verbandes.

Düsseldorf. Die Gelben suchen Mitglieder in Düsseldorf, und da sie bei allen ehrlich denkenden und aufrecht stehenden Arbeitern wenig Anklang finden, werden die verzweifeltesten Mittel angewandt. Durch Druck von oben sollen die Arbeiter in den älteren Jahrgängen zu Erlethern geinacht werden. Besonders bei der Firma Daniel & Aueg sucht man sich auf diese Weise eine Arbeiterschaft heranzuziehen, die nach dem Grundsatz: „weissen Brod ich esse, dessen Lieb ich singe“ keinerlei Recht aus dem Arbeitsvertrage zu fordern, sondern mit Possamenschall allen Verhältnissen des Wertes nur eine gute Seite abzugewinnen hat. Die Gelben haben für ein Butterbrot die Gewinne der Unternehmer und Aktionäre zu feigern. Dafür hat die Firma ihrem gelben Werkverein bereits größere Zuwendungen gemacht, ihm die Sachen zur Agitation auf ihre Kosten geliefert und die Meister und Vorarbeiter als Zutreiber bestellt. Wenn er nur „gelb“ wird, dann kommt hier heuer jeder Dummler zu Ansehen; ja, er kann sogar zweiter Vorsitzender des gelben Vereins werden, und läuft er sich die Sachen nach neuen Opfern für das Gelfschützigen-Hülz kammt, so steht er in hohen Ehren. Selbst eine Anzahl Meister, deren Namen wir nicht veröffentlichen wollen, da sie sonst doch nur einen bescheidenen Orden bekommen, sind von einem unaussprechlichen Gelfkoller befallen. Familienväter mit 4, 7 und 8 Kindern werden mit der Drohung: „denken Sie doch an Ihre Kinder“, zum Beitritt in den gelben Verein aufgefordert. Man kann es daher verstehen, daß es da nachher ein leichtes ist, der Dessenlichkeit den „freiwilligen“ Beitritt so vieler Arbeiter vorzuschwindeln zu können. Die „freiwilligen“ Gelben werden dann aber auch noch extra an die Kasse gelegt, sie müssen sich der Krankengeld-Unterstützungskasse anschließen. Natürlich nur darum, damit die Firma ihnen in besonderer Weise ihre „Wohlthaten“ speihen kann. Sie kann sich das auch gestatten; denn, nachdem sie die Arbeiterschaft zu Seloten herabgebrückt, kommen derartige Unterstützungen durch Lohnabzüge doppelt wieder ein.

Da man jedoch trotz aller Mittel nur recht wenige Arbeiter einfangen kann, besonders die gelehrten Kräfte gar nicht wollen — auch bei Krupp in Essen fehlen dieselben — so sollen jetzt auch die Beamten stärker herangezogen werden. Es ist denselben folgendes Birkular zugegangen:

Werkverein
der Firma Daniel & Aueg
Düsseldorf.

Düsseldorf, den 20. März 1912.

Den Herren Beamten der Firma Daniel & Aueg geben wir hierdurch Kenntnis von der kürzlich erfolgten Gründung unseres Werkvereins, indem wir gleichzeitig bitten, denselben beizutreten.

Der Verein bezweckt neben der Pflege des nationalen Bewußtseins die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse seiner Mitglieder unter Wahrung des guten Einverständnisses mit der Firma.

In Sterbefällen wird eine Sterbehilfe aus der Kasse des Vereins gewährt, außerdem ist die Gründung einer Krankenunterstützungskasse geplant.

Der Eintritt ist nur bis zum 45. Lebensjahr gestattet. Ausnahmen finden bis zum 1. April d. J. statt.

Die Satzungen des Vereins sind im Portierhaus durch Anschlag bekannt gemacht, ebenso können sie beim Portier Herrn Speis eingesehen und evtl. entnommen werden.

Schachtungsvoll

Der Vorstand
des Werkvereins der Firma Daniel & Aueg.
gez. Paschmann.

Auch die Beamten werden sich in ihrer großen Mehrheit bedanken, mit dem Selotenbunde Gemeinschaft zu machen. Zur Pflege ihres nationalen Bewußtseins brauchen sie ebensowenig einen gelben Werkverein, wie die christlich-nationale Arbeiterschaft. Man sollte sich geradezu schämen, das Wort vom „nationalen Bewußtsein“ durch gelbe Bestrebungen herabzuwürdigen. Auch zur Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse braucht man die Gelben nicht und auch der „Wahrung des guten Einverständnisses mit der Firma“ steht unsererseits nichts im Wege, wenn es der Firma ernstlich darum zu tun ist. Mag sie nur die Konsequenzen aus dem freien Arbeitsvertrage ziehen und mit unseren Organisationen auf den Boden der Gleichberechtigung verhandeln. Neugründungen waren also überflüssig für diese Zwecke. Den Arbeiter und Beamten zur „Wahrung des guten Einverständnisses“ erst zum Seloten zu machen, das ist eine Methode, die jeder rechtlich denkende Mensch verwerfen muß!

Qualenbräu. Eine treffliche Illustration der Bildung der freien Gewerkschaftler respektive Sozialdemokraten haben wir in einer am 30. März bei Witwe Lohmeier hier selbst stattgefundenen öffentlichen Versammlung erlebt. Einberufen war diese Versammlung vom Ortspartei der christlichen Gewerkschaften und auf der Tagesordnung stand das Thema: „Die Stellung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter beim Aufbruch der Ruhrbergleute und die Niederlage des sozialdemokratischen Verbandes.“ Kaum hatte der Bergarbeiterssekretär Kollege Felscherhoff das Wort zu seinem Referat erhalten, um in sehr sachlicher Weise und an der Hand von Statistiken und Beweisen die Lage im Ruhrgebiet zu schildern, da wurden von den Sozialdemokraten scharfe Zwischenrufe und störende Unter-

brechungen inszeniert — trotz der wiederholten Versicherung, daß freie Diskussion stattfinden. Schwer wurde es dem Referenten, sich verständlich zu machen, weil er infolge der Strapazen der letzten Tage heiser war. Daß seine Ausführungen über die Taktik des sozialdemokratischen Verbandes den hiesigen „Freien“ sehr unbequem waren, bewies ihre Aufregung während der Rede des Referenten. Ganz still aber war es im Saal, als in der Diskussion der Sekretär des „freien“ Metallarbeiterverbandes, Groß-Duabrad, die roten Verbandsführer reinwaschen wollte und die Schuld an der Niederlage des „alten“ Verbandes den bösen Christlichen in die Schuhe zu schieben versuchte. Er nannte die Rede des Kollegen Felscherhoff eine verunglückte Rede, das Verhalten des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter Arbeiterverband, die Unternehmer die Brutalisten, die Versprechung einer Lohnerhöhung unwahr u. s. f., bis er glücklich aufs Gebiet der Reichstagswahlen kam und sagte: Bei einer erneuten Reichstagswahl würden die freien Gewerkschaftler lieber einen offenen Gegner, als einen „hinterlistigen Meuchelmörder“ wählen. Ein anderer Diskussionsredner, Herr Baumeister, versuchte durch Preisnotizen den Beweis zu erbringen, daß die christlichen Gewerkschaften Zentrumsgewerkschaften seien.

Beiden Rednern trat unser Kollege, Gewerkschaftssekretär Böhmcke-Dannover, ruhig und sachlich entgegen und widerlegte sämtliche Ausführungen der Gegner. Aber wieder versuchten dieselben durch ohrenbetäubenden Lärm die Versammlung zu sprengen. Als er dann die Führer des „alten“ Verbandes nach Weibel schlechte Führer nannte, wobei er die Weir. Worte Weibels zitierte, machten die „freien“ einen wahren Höllenlärm. Die Wahrheit war ihnen bitter, so daß sie sich nicht anders zu helfen wußten, als ihr durch Verlassen des Saales aus dem Wege zu gehen.

Diese feige Taktik rief bei den übrigen Anwesenden, die sich während der ganzen Versammlung ruhig verhalten hatten, fürwahrliche Eitelkeit nach. Kollege Böhmcke teilte mit, daß dieses eben die sozialdemokratische „Taktik“ sei. Ihre Anhänger dürften die Wahrheit nicht hören. In Reinkenhorst sei ebenfalls eine öffentliche Versammlung mit freier Diskussion gewesen. Am selben Abend hätte das freie Parteil aber einen Handzettel herausgegeben, diese Versammlung nicht zu besuchen. Wörtlich hieß es darin: Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche noch einen Funken von Ehrgefühl haben, fordern wir auf, diese Versammlung nicht zu besuchen. Trotzdem hätte der sozialdemokratische Führer Jordan dort 55 Minuten in des Diskussion geredet. Dieses zeige mit den hiesigen Vorgängen so recht, daß die Sozialdemokraten die Wahrheit nicht vertragen könnten. Für uns aber sei es Pflicht, der Wahrheit zum Recht zu verhelfen und besonders auch die Millionen noch unorganisierten Arbeiter durch intensive Aufklärung und Schulung zu tüchtigen Mitarbeitern für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen. Nur so könnten wir im Wirtschaftsleben unsern Platz erringen und behaupten. Daß die Führer der christlichen Gewerkschaften den richtigen Standpunkt vertreten, hätten die vielen Uebertritte vom alten Verbande zum Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter gezeigt und hoffentlich würden noch viele folgen.

Aber auch wir Metallarbeiter von Qualenbräu wollen davon lernen. Wir wollen frisch an die Arbeit gehen, unsern Verband zu stärken; denn auch bei uns sind noch Kollegen zu gewinnen. Auch bei uns muß es heißen: „Auf der ganzen Front vorwärts!“ Hülfe ein jeder tüchtig mit zum Besten des deutschen Arbeiters, des deutschen Volkes und der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Saarrevier. (Zechenmetallarbeiter.) Bei der letzten Beratung des Bergereits im preußischen Abgeordnetenhaus glaubte der Herr Minister bekanntlich die Zechenhandwerker mit denen in den Eisenbahnerkassen auf eine Stufe stellen zu können. Es wurde von uns schon wiederholt betont, daß dies nicht angängig ist. Heute seien an dieser Stelle einige Unzuträglichkeiten über die Entlohnung der Handwerker auf den fiskalischen Saargruben hervorgehoben. In den Werkstätten und Maschinenabteilungen dieser Gruben werden unterschiedslos gelehrte Arbeiter beschäftigt. Der Schichtlohn ist nach Altersklassen abgestuft und soll der Höchsthohn mit 34 Jahren erreicht werden. In Wirklichkeit erreichen ihn einzelne früher — die Mehrzahl aber bedeutend später. Eigentliche Akkordarbeit besteht nur in verschwindend wenigen Werkstätten. In den meisten — so in Sulzbach, Drefeld, Camphausen, Götterborn etc. — befreit nur ein sog. Gebinge, d. h. den Arbeitern kann ein bestimmter Aufschlag zu ihrem Schichtlohn verrechnet werden. Diese letztere Einrichtung wird von den Arbeitern bekämpft, da sie zu den größten Unzuträglichkeiten und Willkürlichkeiten führt.

Nur ein Beispiel: Zwei Arbeiter machen dieselbe Arbeit; der eine zählt 30, der andere vielleicht 32 Jahre, der Jüngere meistert nun sein Arbeitsstück vielleicht besser wie der Zweite, er ist eher damit fertig. Trotzdem ermöglicht es das famose Gebinge, daß er am Lohnstage sehen muß, wie er noch 40—60 Pf. pro Schicht weniger verdient hat, wie sein nur um 2 Jahre älterer Kollege. Nicht selten soll es auch vorkommen, daß einem Handwerker eine Arbeit im Gebinge übergeben wird. Der gute Mann ist nun mit Ansbietung seiner ganzen Kraft und Geschicklichkeit befreit, etwas zu verdienen. Er hat auf 6 Mark pro Schicht gebracht und erhält am Lohnstage — seinen Schichtlohn. Ein anderer aber, der gar nicht im Gebinge gearbeitet hat, erhält wünschlich 0,50—1,00 Mark Gebinge pro Schicht zugerechnet. So kommt es dahin, daß Arbeiter mit dem Lohnzettel in der Hand den Vorgelegten bitten, ihnen doch etwas mehr zu verrechnen, obgleich sie auf Grund ihrer Leistungen und des versprochenen Gebinges einen höheren Lohn verlangen könnten. Das ein solches System nicht ermunternd und anspornend auf die Arbeiterschaft einwirkt, liegt doch auf der Hand. Was muß alles Gerede über die Rentabilität der Staatsbetriebe, wenn man so künstlich die Arbeitsfreudigkeit mit Gewalt erzittelt.

Selbst Unterbeamte geben das Unhaltbare dieses Lohnsystems zu. Die Arbeiter verlangen, daß der Höchsthohn mindestens mit 30 Jahren erreicht wird und eine Beseitigung des großen Lohnunterschieds zwischen 24 und 30 Jahren. Von einem Arbeiter, der mit 30 Jahren seinen Lohn nicht verdient, verdient, darf man füglich auch mit 40 Jahren keine besseren Leistungen erwarten. Auffällig ist es auch, wie man auf einzelnen Gruben einzelne Arbeiter in unverhältnismäßig starkem Maße zu Ueberhöhen heranzieht. 5—8 Ueberhöhen für diese „Bevorzugten“, die man angeblich für diese oder jene Arbeit nur allein „gebrauchen“ kann sind immerhin etwas reichlich viel — besonders, da andere 1—2 Ueberhöhen verdienen. Auf diese Weise werden dann Lohnunterschiede von 30—60 Mark pro Monat konstruiert. Dadurch kommt es denn auch, daß man dem Herrn Minister einen hohen Durchschnittslohn für die Zechenhandwerker herausrechnen kann; die Mehrzahl der Arbeiter geht dabei aber trotzdem leer aus.

Aber auch an den Kollegen selbst ist es, daß ihre zur Beseitigung dieser unerträglichen Zustände beizutragen. Ein Arbeiter mit Ehrgefühl und gesundem Standesbewußtsein wird

sich nie durch Liebedienerei und Kriecherei vor den Vorgesetzten lieb machen wollen. Er tut einfach seine Pflicht und Schlichtigkeit, besteht aber auch andererseits auf seinem guten Recht. In diesem Sinne arbeitet er als aufrechter Mann mit seinen Berufskollegen Hand in Hand in seiner Organisation, die erst seinem Streben den Erfolg verbürgt. Jeder christlich und national-gesinnte Grubenhandwerker, -Maschinist und -Beizer schließt sich deshalb dem christlichen Metallarbeiterverband an. Einigkeit macht stark.

Essen. (Elektromonteur.) Unsere Sektion hielt am 18. und 24. März je eine öffentliche Elektrizitätsversammlung ab. In der ersten Versammlung, die von etwa 80 Kollegen besucht war, referierte Kollege Gröne über: „Ist eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Essener Elektrowerke notwendig und durchführbar? Der Referent führte etwa folgendes aus: Ein fast neuer Beruf ist der des Elektromonteurs. Erst seit 30 Jahren gibt es eigentliche Monteur in diesem Berufe. Die Entwicklung der Elektrobranche ist so riefenhaft, daß wir nicht mehr im Beitalter des Lampes stehen, sondern in dem der Elektrizität. Etwa 130 000 Arbeiter sind allein in den elektrotechnischen Fabriken tätig. Dazu kommen die Monteur und Helfer aus der Installationsbranche und dem Maschinenfache. So lange Geschäftshäuser, Fabriken u. a. ihre eigenen Zentralen hatten, war die Lage der Elektromonteur gut. Dieses wurde anders durch Entschaffung der großen Elektrizitätswerke und Überlandzentralen. Es ist möglich geworden, bis in die entlegensten Dörfer elektrischen Strom zu leiten. Der kleine Handwerker und Geschäftsmann habe sich elektrischen Betrieb zugelegt. Die Arbeiterzahl ist dadurch erheblich gestiegen. Da keine ausgebildeten Monteur genügend zur Verfügung standen, seien allerlei Handwerker eingestellt worden, die mehr Wert auf den Titel „Monteur“, als auf gute Arbeitsbedingungen legten. Dadurch sind die Arbeitsverhältnisse von selbst verschlechtert worden. Der Durchschnittslohn in der Feinmechanik- und Elektroberufsgenossenschaft betrug im Jahre 1910 1261 M. In Essen sind die Lohnverhältnisse sehr verbesserungsbedürftig. Der Monteur ist hier der Willkür des einzelnen Unternehmers überlassen. Das Überstundenwesen ist an der Tagesordnung. Auforderungen sind ebenfalls im Schwange, ohne daß die Kollegen wissen, was sie berechnen. Die Vergütungen für Montagen sind gleichfalls nicht geregelt. Für zerbrochenes oder abhanden gekommenes Werkzeug werden dem Monteur oft Abzüge gemacht, nicht selten gegen Bezahlung der Selbstkosten. Gegen alle Mißstände wird nur eine stramme gewerkschaftliche Organisation etwas unternommen. Nur durch eine solche Organisation kann eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden. Da das Organisationsverhältnis bis dato noch zu schlecht ist, sei es notwendig, daß alle unorganisierten Monteur und Helfer der Organisation beitreten.

In der an das Referat sich anschließenden Diskussion verhandelten einige sozialdemokratische Verbände der Versammlung plausibel zu machen, daß nur der „freie“ Metallarbeiterverband für den Elektromonteur in Frage komme. Doch sie erreichten das Gegenteil.

Gegen die Zersplitterungsucht und Arbeiterverräterei hielten wir am 24. März eine weitere öffentliche Versammlung ab. In dieser Versammlung referierten die Kollegen Wamser und Gröne über: „Die wirtschaftliche Lage der Elektromonteur und welche Organisation kommt für den Elektriker in Betracht?“ Nach sehr lebhafter Diskussion wurde hier folgende Resolution mit 53 gegen 9 Stimmen der sozialdemokratischen Verbände angenommen:

„Die am 27. März im Lokale „Zur Stadt Oberfeld“ stattfindende öffentliche Versammlung der Essener Elektriker, erlärte sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Sie hält eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für unbedingt notwendig. Die Versammlung ist der Ansicht, daß nur durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß aller in der Elektrobranche beschäftigten Personen eine Verbesserung ihrer Lage möglich ist. Die organisierten Kollegen verpflichten sich, für den Ausbau der Organisation energisch tätig zu sein, und zu gegebener Zeit in eine Tarifbewegung einzutreten zu können. Die Versammlung verurteilt die Quertreiberei, die seitens sozialdemokratischer Verbände in die Kollegenhaft hineingetragen worden ist. Sie erblickt in den „freien“ Verbänden nicht die wahren Freunde der Arbeiterschaft, vielmehr Schlepenträger der sozialdemokratischen Partei, wie das die jüngste Bergarbeiterbewegung klar beweisen hat. Als wirksame wirtschaftliche Organisation der Arbeiter erkennt sie die christlichen Gewerkschaften und für den Elektriker nur den christlichen Metallarbeiterverband an.“

Zum Schluß der Versammlung wurden mehrere Neuaufnahmen für unseren Verband gemacht.

Kollegen! Die beiden Versammlungen haben gezeigt, daß die sozialdemokratischen Verbände nicht gewillt sind, die Interessen der Elektromonteur zu vertreten. Stärken wir daher unseren christlichen Metallarbeiterverband. Wir haben dann die Gewähr, daß unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert werden.

Bole. Frühling! Freier atmet die Brust, höher schlägt das Herz beim Klang dieses Wortes. Nicht nur am uns her in der Natur, sondern auch in unserm Innern weht der Frühling neues Leben, neue Schaffenskraft. Mit froher Hoffnung und freudigem Mut geht der vorwärtsstrebende Mensch an sein Tagewerk — er weiß, der Frühling ist die Zeit der Saat, die Zeit der Ernte, Segen verheißender Arbeit. Das trifft auch für uns Gewerkschaftler zu. Mit frischer Kraft müssen wir jetzt die Arbeit für unsere Sache aufnehmen. Die vielen, noch abseits unserer Bewegung stehenden Kollegen heißt es jetzt anrücken aus dem Winterdorn der Subjektivität. Leben heißt arbeiten, leben heißt kämpfen — nicht interesselos in den Tag hineinleben und alles als unabweisbares Schicksal über sich ergehen lassen. Auch die Geschichte unseres christlichen Metallarbeiterverbandes beweist uns, daß wir durch die richtige Aufnahme des Kampfes groß geworden und unser Kräfte gestählt haben. Und so steht denn heute unser Verband als ein selbstgestütztes Bollwerk zum Schutze unserer Interessen im Sturm der wirtschaftlichen Kämpfe und trotz den Angriffen der Gegner von rechts und links.

Nicht von selbst ist das so geworden. Durch ernste Einarbeitung und schwere Kämpfe gegen eine Welt von Gegnern sind wir geworden was wir heute sind. Aber Stillstand ist Rückgang; darum müssen wir wachsen, wenn wir unsere Position behaupten wollen. Ein jeder Kollege muß jetzt seine ganze Kraft in den Dienst unserer gemeinsamen Sache stellen. Trägheit und Faulheit sind eines Gewerkschaftlers unwürdig. Als wahrer Pflichttreue und überzeugte christliche Gewerkschaftler wollen wir Kollegen von Bole jetzt in der Frühlingzeit das in die Tat umsetzen, was wir uns auf unserer Generalversammlung am 7. Januar gelobt: Mit Eifer und zäher Ausdauer wollen wir gegen Gleichgültigkeit und Faulheit zu Felde

ziehen, wir wollen werden für unsere Sache, für die Sache unseres Standes; wir wollen unsere Reihen stärken! Keiner von uns darf da zurückbleiben. Erinnern wir uns unserer Vorsätze, die wir bei der Aussparung von 1910 gefaßt. Es ist jetzt endlich an der Zeit, daß wir sie restlos in die Tat umsetzen. Beherrigen wir die Worte unseres Organs in Nr. 13: „Sei wie ein Fels!“ Kollegen von Bole, haben wir nicht alle Ursache, fest und unerschütterlich in unserer Organisation dazustehen wie ein Fels, dem die Brandungen nichts anhaben können, an dem die Stürme der Gegner ohnmächtig zerbrechen? Darum, drauf und dran — Mann für Mann an die Frühlingssagitation! Aufgabe eines jeden von uns ist's, im zweiten Quartal 1912 mindestens einen neuen Mitkämpfer unserem Verbands zuzuführen. Kollegen, gilt's? Daum an die Arbeit! Dem Nützligen gehört die Welt! J. B.

Doggersheim. Von jenen Ortsgruppen, wo sich Kollegen in der Erkenntnis der Notwendigkeit gemeinsamen Arbeitens für die Hebung der Lage ihres Standes zusammenschließen, kann man auch von Zeit zu Zeit irgend ein Zeichen geistiger Regsamkeit im Verbandsorgan wahrnehmen. Zu diesen kann sich die Zahlstelle Doggersheim nicht rechnen; denn über 3 Jahre liegt es schon zurück, daß Doggersheim im Verbandsorgan etwas von sich hören ließ. Es wäre das noch nicht so schlimm, wenn sonst alles in Ordnung wäre. Aber sehr auffallend ist es, daß seit dieser Zeit eine starke Rückwärtsbewegung eingetreten hat, die auch heute in der Zeit guten Geschäftsganges immer noch anhält. Das ist bedauerlich, zumal es hier an tüchtigen Kollegen, von denen es sogar zwei zu Stadtverordneten gebracht haben, noch nie gefehlt hat. Hier fehlt es nur an der Liebe zum Arbeiterstand und am guten Willen, dafür zu arbeiten. Die Gewerkschaften werden hier als eine Art notwendiges Uebel betrachtet, an denen man sich nicht vorbeidrücken kann, solange man noch Anspruch auf den Namen eines fortschrittlichen Arbeiters machen will. Regere Teilnahme zeigt man andern Vereinigungen gegenüber, wobei die Gewerkschaften beiseite gesetzt werden. In Wirklichkeit können solche Kollegen, bei denen die Berufsinteressen erst an zweiter Stelle kommen, niemals als fortschrittliche und berufstreuende Arbeiter in Betracht kommen. Ein wahrer Arbeitsmann interessiert sich für die ihm am nächsten stehende Angelegenheit, für sein Arbeitsverhältnis, wozu er die größte Zeit seines Lebens zubringt und es ist daher seine erste und heiligste Pflicht daselbe auf jede Weise zu verbessern.

Ein weiterer Punkt, der unserer Sache bis jetzt hemmend im Wege stand ist der kleinliche Personenstreit. Schon seit der Gründung nagt dieser Wurm am Lebensmark unserer Ortsgruppe und gerade in letzter Zeit scheint er wieder recht üppig hervor zu treten. Ich will es nicht als Unkenntnis oder Bosheit der Kollegen betrachten, daß sie alte erprobte Mitglieder gewaltsam zurückdrängen. Den Fehler wollen wir darin suchen, daß man diese Mitglieder nicht versteht oder nicht verstehen will. Würde man sich gegenseitig kennen lernen und richtig einschätzen, dann bin ich überzeugt, daß es auch in Doggersheim wieder anders wird. Darum, Kollegen, laßt das alte Vorurteil fallen, seit einer besseren Einsicht zugänglich und habt größeres Vertrauen zu einander. Pflegt den Solidaritätsgeanken und geht den Weg derer, die auch die Wege gebahnt haben. Geschieht das, dann bin ich überzeugt, auch die Doggersheimer Zahlstelle wird wieder vorwärts kommen.

Tönshelbe. Am Sonntag den 28. April, vormittags 11 Uhr findet in Tönshelbe im Lokale Sandhüter eine öffentliche Versammlung statt, zu der auch die Kollegen von Belvert, Nevißes und Umgegend eingeladen sind. Kollege Meisinger aus Gladbeck wird über das Thema: „Hat der christliche Gewerbeverein Streikbruch verübt?“ referieren. Kollegen! erscheint in Massen zu dieser Versammlung: es gilt Protest zu erheben gegen die Verleumdungen und Verdächtigungen, die sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in seiner letzten öffentlichen Versammlung hier selbst gegen unsere Bewegung gestattet!

Hagen. Die Akkumulatorenfabrik A.-G. Hagen-Berlin kann für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 25% verteilen, während es 1910/11 nur 15% waren. Der Reingewinn ist gestiegen von 1 645 229 M. auf 3 051 560 M. Anerkennenswerter Weise werden auch einmal die Arbeiter bei Aufteilung dieses reichlichen Gewinnes bedacht. Wie nämlich mitgeteilt wurde, erhalten sämtliche Arbeiter infolge des günstigen Geschäftsabchlusses eine Gratifikation in der Höhe von 10% des Jahresarbeitsverdienstes. Im Durchschnitt dürften die hierigen Arbeiter pro Kopf 150—180 Mark erhalten.

Soziales.

Ein neuwundiger volkswirtschaftlicher Kurjus
wird vom 10. Juni bis 9. August an der Zentralstelle des Volksvereins f. d. L. D. in M. Gladbach abgehalten werden. Zur Behandlung kommen: Wirtschaftsgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Wirtschaftsgeschichte im 19. Jahrhundert, der gewerbliche Großbetrieb seine Unternehmungsformen, seine Organisation und die Industriepolitik, ferner die Arbeiterfrage, die Gewerkschaften, das Tarif- und Einigungswesen, der Sozialismus und die sozialistische Bewegung, die bürgerliche Sozialreform zugunsten der verschiedenen Stände, der Staat und seine Verfassungsformen unter besonderer Berücksichtigung der Verfassung des Deutschen Reiches und seiner Einzelstaaten. Der Kurjus ist berechnet für solche Herren und Damen, die sich der sozialen Arbeit auf irgend einem Gebiete in besonderer, wenn auch nicht anschließlicher Arbeit zu widmen gedenken, insbesondere für Arbeiter, die berufen und gewillt sind, in der Arbeiterbewegung sich zu betätigen. Auf Wunsch übermittelt die Zentralstelle des Volksvereins Prospekte und genauere Anweisungen. Anmeldungen sind bis zum 5. Mai an Herrn Direktor Dr. S. Brauns, M. Gladbach, zu richten.

Sterbefälle.

- Freiburg i. B.** Am 5. April starb unser Kollege Constantin Edmann an Altersschwäche im Alter von 81 Jahren.
- Schw.-Gmünd.** Am 1. April starb unser Kollege Johannes Abele, Galvaniseur, im 62. Lebensjahre nach längerer Krankheit.
- Ahlen.** Am 2. April starb unser treuer Kollege Simon Solis im Alter von 20 Jahren an einem Unterleibseliden.
- Fürth.** Am 12. April starb unser treuer Kollege Hans Wagner im Alter von 44 Jahren an Lungenschwindsucht. **Ehre ihrem Andenken!**

Versammlungskalender.

- Kollegen und Kolleginnen!
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Samstag, den 27. April.**
- Münsterburg.** Abends 8 Uhr in der Schützenhalle, Quartalsversammlung.
 - Goblenz.** Abends 8.30 Uhr bei Selin, Clemensstraße.
 - Dortmund-Selm.** Abends 8.30 Uhr bei Vant.
 - Dortmund-Dorffeld.** Abends 8 Uhr bei Sturm.
 - Da.-Hendorf.** Abends 8.30 Uhr bei Haberlamp, Ede Kammerk- und Blumenstr.
 - Düsseldorf-Altstadt.** Abends 9 Uhr im „Interkloster“, Gumbelstraße.
 - Düsseldorf-Neuf.** Abends 9 Uhr bei Flosch, Niederstraße.
 - Düsseldorf-Ratingen.** Abends 9 Uhr bei Kötten, Behemerstraße.
 - Essen-Bergn.-Vorbeck.** Abends 8 Uhr mit Frauen bei Westhof, Hochstraße.
 - Gebvelsdorf.** Abends 8.30 Uhr bei J. Schillen, Mittelstraße.
 - Karlshöhe.** Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.
 - Köln-Stadt.** Abends 8 Uhr im Biegel, Breitelstraße.
 - Köln-Chrenfeld.** Abends 9 Uhr bei Kornbücker, Replerstraße.
 - Milheim-Dillwald.** Abends 8.30 Uhr bei Müller.
 - Reheim-Sundern.** Abends 8.30 Uhr bei Funke.
 - Revißes.** Jeden letzten Samstag im Monat abends 8.30 Uhr bei Ed. Beinhans, früher Gspel.
 - Stuttgart-Ludwigshurg.** Abends 6 Uhr bei Belmann.
- Sonntag, den 28. April.**
- Andernach.** Nachm. 3 Uhr im Hotel Gamm.
 - B.-Gladbach.** Morgens 11 Uhr bei Wener.
 - Berlin-Oberdönhof.** Abends 7 Uhr bei Ullrich.
 - Bochum und Weimar.** Nachm. 2.30 Uhr Generalversammlung mit Frauen im Christl. Gewerkschaftshaus, Meinelstraße 18. Ref.: Kollege Jatum.
 - Dg.-Miedorf.** Nachm. 4 Uhr bei Haberlamp, Garständerstraße.
 - Dg.-Wanheimerort.** Nachm. 5 Uhr bei Kassepe, Fischerstraße.
 - Düsseldorf-Gerresheim.** Vorm. 11 Uhr im „roten Hahn“.
 - Düsseldorf-Overbiss.** Vorm. 11 Uhr bei Wölges, Ellerstraße.
 - Düsseldorf-Rath.** Vorm. 11 Uhr bei Kretzinger (Schützen), Mühlenterr.
 - Düsseldorf-Grath.** Vorm. 11 Uhr bei Schlichting, Kreuzstraße.
 - Essen-Ortsverwaltung.** Vorm. 10 Uhr im „Alfredshaus“, Frohnhauserstraße 10. Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung. Mitteilungsblatt berechnigt zum Eintritt.
 - Essen-Altendorf, Jugendklasse.** Nachm. 4.30 Uhr bei Wint.
 - Essen-Alteneffen, Jugendklasse.** Nachm. 3 Uhr bei Eßer.
 - Essen-Franckelstraße von Essen-Stadt, Suttrop, Müllerscheid, Egeroth, Nordost.** Nachm. 4 Uhr im Alfredshaus, Frohnhauserstraße 10.
 - Gladbeck.** Nachm. 4 Uhr bei Kortpot (Christl. Gewerkschaftshaus).
 - Hagen-Ortsverwaltung.** Vorm. punkt 10 Uhr Generalversammlung im Saale des kath. Seelenhauses, Bergstraße 61.
 - Herne.** Vorm. 11 Uhr Generalversammlung im Gewerkschaftshaus bei Stemburg.
 - Hönningen.** Abends 7 Uhr bei Schiffermann.
 - Köln-Kalk.** Morgens 11 Uhr bei Hönigsberg, Breuerstraße 14.
 - Milheim-Overhausen (Ortsverwaltung).** Nachm. 4 Uhr Vorstand- und Vertrauensmänner-Konferenz bei S. Loh am Bahnhof Milheim-Syrum. Ref.: Kollege Reupke-Milfeld.
 - Reheim, 2. Bezirk.** Nachm. 5 Uhr mit Frauen in der Waldlust, Mühlstraße.
 - Reheim-Ost.** Abends 8 Uhr mit Frauen bei Bohmann.
 - Reheim-Jugendliche.** Nachm. 3 Uhr Ausflug nach Vöhringen.
 - Reinfriden.** Abends 8 Uhr im „Stern“ bei Schleppl.
 - Reinwied.** Vorm. 11 Uhr im Wiedischen Hof.
 - Waffrath.** Morgens 11 Uhr.
 - Wahlheim.** Morgens 11 Uhr bei Kämmling, Wenloerstraße 187.
 - Wahl-Deumar.** Morgens 11 Uhr bei Klein, Müllersstraße.
 - Wesrath.** Morgens 11 Uhr bei Wwe. Theodor Dämmer.
 - Siegburg.** Vorm. 10.30 Uhr im Lokale Minoriten, Kronprinzengstr.
 - Stammheim und Hiltard.** Abends 8 Uhr bei Förster.
 - Tönshelbe.** Vorm. 11 Uhr öffentl. Vers. bei Sandhüter. Thema: Bergarbeiterstreik. Kollegen, sorgt für Massenbesuch.
- Montag, den 29. April.**
- Hönningen.** Morgens 6 Uhr Vers. für die Nachschicht.
- Dienstag, den 30. April.**
- Milheim-Rhein.** Abends 8.30 Uhr bei Reihof.
- Donnerstag, den 2. Mai.**
- Esslingen.** Abends 8 Uhr im „Witlen Mann“.
- Freitag, den 3. Mai.**
- Haltern.** Abends 8.30 Uhr im Verbandslokal.
- Samstag, den 4. Mai.**
- Berlin-Moabit** bei Baberoff, Gogrowstraße 38.
 - Essenach.** Abends 8.30 Uhr im Westfälischen Hof.
 - Freiburg i. B.** Abends 8.30 Uhr im Ganterbräu, Schiffstr. 7.
 - Kiel.** Abends 8.30 Uhr im „Schleswig-Holstein'schen Haus“, Großer Angberg 42.
 - Lüdenscheid.** Abends 8.30 Uhr bei S. Diemer.
 - Münster.** Abends 8.30 Uhr Generalvers. bei Weedel, Karmeliterstr. 12. T.-D.: Delegiertenwahl zum Verbandstage u. Beitragsberechnung.
 - Nürnberg.** Abends 8.15 Uhr im Seidenhof, Tafelhofstraße 7.
 - Oldheim.** Abends 9 Uhr im Lokale Samit, Frankfurterstraße.
 - Stuttart.** Abends 8.30 Uhr im römischen König.
 - Weiterbau.** Abends 8.30 Uhr bei Mühlensborn.
- Sonntag, den 5. Mai.**
- Altenhagen.** Vorm. 11 Uhr bei Steinhäus.
 - Bellheim.** Versammlung im „Kreuz“.
 - Berlin.** Vorm. 11 Uhr bei E. S. Schulle, am Markt.
 - Berlin-Jugendklasse.** Nachm. 3 Uhr im Deutschen Gärtnerheim, Stralauerstr. 53.
 - Bonn.** Vorm. 10 Uhr bei Wirt, Mühlensstraße.
 - Brühl.** Morgens 11 Uhr bei Griesberg, Uhlstraße 8.
 - Dg.-Laar.** Vorm. 11.30 Uhr bei Janfen.
 - Düsseldorf-Verwaltungsstelle.** Vorm. 10.30 Uhr im großen Saale des Paulshofes, Lützenstraße 33-35. Ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle. Tagesordnung: Quartals- und Kassenericht. Anträge und Wahl der Delegierten zum Verbandstag. Gleichzeitig findet die Wahl der Delegierten auch in den einzelnen Bezirken der Verwaltungsstelle statt. Das Verbandsmitgliedsbuch ist als Legitimation für die Wahl vorzulegen.
 - Emmerich.** Vorm. 11 Uhr bei Bungard.
 - Esslingen.** Vorm. 10.30 Uhr in der alten Krone. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung in Dortmund.
 - Hagen-Ortsverwaltung.** Vorm. 11—1 Uhr in den Vereinslokalen der einzelnen Sektionen. Wahl der Delegierten für die Generalversammlung des Verbandes in Dortmund.
 - Halle a. S.** Nachm. 3.30 Uhr bei Schott, T.-D. Verbandsstag.
 - Hamborn.** Nachm. 2.30 Uhr bei Freundlich am Neumarkt in Marzahn.
 - Karlshöhe.** Vorm. 11 Uhr Vorstand- und Vertrauensm.-Stzung im Palmgarten. Abrechnung mit dem Ortsaffizier.
 - Köln-Vingst.** Morgens 11 Uhr bei Höffelend, Strumbenerstr. 2.
 - Köln-Voll.** Morgens 11 Uhr bei Fahlberg, Hauptstraße 1.
 - Milheim.** Nachm. 4 Uhr bei Hartmann.
 - Milheim-Sterkrade.** Vorm. 11 Uhr bei Sandhüter, Holtenstr. 1.
 - Milheim-Syrum.** Vorm. 11 Uhr bei Beck, Mühlensstraße.
 - Milheim-Nuhr.** Vorm. 11 Uhr bei Rüder, am Frohenteich.
 - Milheim-Deigen.** Vorm. 11 Uhr bei Lehnhoff.
 - Milheim-Overhausen.** Nachm. 4 Uhr bei Kemmerling.
 - Milheim-Dillwalden.** Vorm. 10 Uhr bei Westmann.
 - Olberg.** Nachm. 4.30 Uhr im Versammlungslokal zu Olberg.
 - Schalkmühle.** Nachm. 5 Uhr bei Wedder.
 - Schwelm.** Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Vahnhoffstr.
 - Trier.** Vorm. 11 Uhr bei Kötten, an der Meerzagskaserne.
 - Wesel.** Nachm. 4 Uhr bei Reher.
- Weselen.**
- Essenach.** Unser Ortsaffizier, Kollege R. Siering, wohnt seit 1. April Bellevuestraße 811 I.
 - Kiel.** Unser Versammlungslokal befindet sich jetzt im „Schleswig-Holstein'schen Haus“, Wirt Jakob Junt, Großer Angberg Nr. 42.

Gewerkschaftssekretär gesucht.
Das Bezirksrat der christlichen Gewerkschaften in Köln sucht zum baldigen Eintritt einen Sekretär. Es wird nur auf eine durchaus tüchtige Kraft reflektiert. Bewerbungen sind unter Beifügung eines kurzen, selbstgeschriebenen Lebenslaufes mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 15. Mai an das Kartell der christlichen Gewerkschaften in Köln, Palmstraße 14, einzusenden.